

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 7 (1978)
Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000*

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Neff
Beat Schweingruber, Liselotte Suter
Adresse: Weinbergstrasse 31,
CH-8006 Zürich, Tel. 01 (01) 47 75 30

* reduzierte Auflage im März und September: 22 000
Inserate: Inseratenverwaltung «das Konzept»,
Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-),
PC-Konto 80-37626

Aus dem Inhalt:

- Was machen die AKW-Gegner 1978? Ein Bericht von Daniel Wiener Seite 3
- Das leidige Spiel der Säfte Sexualkunde Solothurner Art Seite 3
- Zum Tag der Frauen Die Forderungen der Frauen-Demonstration in Freiburg Seite 4
- Die Bundesrepublik auf demokratischem Prüfstand Vorschau auf das 3. internationale Russell-Tribunal Seite 5
- Skandale aus dem Wallis Seite 5
- Das Land des Generals Eine Geschichte aus Afrika Seite 7
- Ideeller Profit Über die Problematik der Entwicklungsarbeit Seite 8
- Den Geldhahn zudrehen Berner und Zürcher Studenten am Gängelband Seite 9



Wir sind umgezogen!

Neue Adresse:
Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich
(200 Meter vom Central)

Telefon wie früher: 01/47 75 30

Wallraff hätte zu tun

Für einmal hat das Volk zur Finanzpolitik des Bundes seine Meinung sagen können, nicht nur ja oder nein zu einem gefällig präsentierten Finanz-Geschenkkorb. In einer Repräsentativumfrage hat das Finanzdepartement die Finanz- und Steuergesinnung des Schweizer Volkes ergründen lassen, noch vor den grossen Finanzentscheiden vom Juni bzw. Dezember 77. Die Regierung will ihr Volk kennen.

Die zwei Abstimmungen jenen vorbei, einmal nein, einmal ja. Um die Finanzgesinnungsstudie ist es nie laut geworden. Die Schweizerinnen und Schweizer haben ihre Meinung zu deutlich gesagt. Ihr Sparwille bezüglich Militär vor allem war höhernorts nicht genehm. Die Studie verschwand in der Versenkung. Man liess Wissenschafts-Wissenschaft sein (so schadet sie am wenigsten), die Zeit heilte die Politikervunden, niemand streute Salz hinein. Und heute ist Bundesrat Chevallaz über die «alte Sache» längst erhaben: «Bei uns in der Schweiz sind die Abstimmungen die wahren Umfragen», meinte Chevallaz an der CH-Sitzung vom 1. März oberhalb. Solche Souveräne-Bonmots fallen zu leicht. Zu wenig Widerspruch in der Öffentlichkeit. Zu wenig Öffentlichkeit von Anfang an. Wallraff hätte viel zu tun in der Schweiz. Könnte statt in die Wirtschaftsbetriebe mal in den Demokratiebetrieb reinsehen zum Beispiel. Wallraffs sind nötig, finden wir. Liselotte Suter

«das Konzept»-Dokument: Wichtige Untersuchung über Sparwillen des Volks verschwiegen

Das Volk darf nicht wissen, was es will

Eine geheime Untersuchung der Sparwünsche der Schweizer wird seit über einem Jahr zurückgehalten. Der Grund: sie beweist, dass die Mehrheit in der Mehrheit am Militärbudget sparen wollen. Das ist natürlich dem Bundesrat unangenehm, denn bei den Sparübungen wurde das Militärbudget immer mit Samthandschuhen angefasst. Dagegen fanden die Sozialab-

bauer in der Regierung gutes Gehör. Aber auch hier spricht die Studie deutlich: Das Volk will, dass der Bund mehr für Krankenversicherung ausgibt. Bedenklich ist, wie die Behörden auf das Bekanntwerden der Studie reagieren: Das Ganze sei eine alte Sache. Prof. Gruner, welcher die Untersuchung verfasst hat, ist anderer Meinung.

Von Ruedi Küng
Das Finanzdepartement hat auch die Beiträge an die Krankenkassen um 150 Mio. Fr. reduziert, obwohl diese Beiträge zuoberst auf der Wunschliste für Ausgabenvermehrung stehen. Ebenso wurden die Beiträge an die AHV vom Bundesrat um insgesamt 540 Mio. Fr. gekürzt. Auch dem Wunsch, mehr für Forschung und Hochschulen auszugeben, gibt die Regierung nicht nach. Der Vergleich lässt erkennen, dass der vielbe-

nicht bekannt, wurden mit Absicht unter Verschluss gehalten. Sie durfte nicht entdeckt werden, bis das Sparpaket und das reduzierte Budget 1978 unter Dach und Fach waren. Denn ihre Resultate sprechen eine deutliche Sprache. Vor allem eine Liste der Sparforderungen und der wünschbaren Ausgabensteigerungen. (Die Darstellung zeigt die - verschlüsselten - Resultate der Befragten, nachdem sie in Kenntnis über den Finanzhaushalt gesetzt worden waren!)

Gewünschte Veränderung der Ausgaben		«Sparen oder Ausgaben vergrössern?»	
Landesverteidigung	-86	Einsparungen vergrössern	↑
Nationalstrassen	-49	(mit zunehmenden Minuswerten wird vermehrtes Sparen gefordert; es handelt sich um Gewichtspunkte, nicht um Prozentzahlen)	
Behörden/allg. Verwaltung	-48		
Dieneress. (Wohnbauförderung/ Luftfahrt)	-40	Ausgaben vergrössern	↓
Finanzausgaben (Kantonsanteile an Bundessteuern)	-27	(mit zunehmenden Plus-Werten wird eine Vermehrung der Ausgaben gefordert)	
Landwirtschaft	-18		
Bahnen	-05		
Entwicklungshilfe	-01		
Hochschulen	+05		
AHV/IV	+25		
Forschung	+35		
Krankenversicherung	+39		

Brisante Resultate

Die Ergebnisse der Studie über Finanz- und Spargesinnung im Schweizer Volk, welche in Eile unter der Leitung von Prof. Erich Gruner vom Berner Forschungszentrum für schweizerische Politik verfasst wurde, müssen den Bundes-

Die Finanz- und Steuergesinnung des Schweizer Volkes
Resultate einer repräsentativen Meinungsumfrage vom Herbst und Winter 1976

durchgeführt von der Schweizerischen Gesellschaft für prakt. Sozialforschung Zürich

Vorbereitet mit Unterstützung von Beamten des Eidg. Finanzdepartementes

ausgewertet und verfasst vom Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern

verantwortlich: Prof. Dr. Erich Gruner
Hanspeter Herti, lic. rer. pol.

rat erschreckt haben; denn die Studie beweist wissenschaftlich: erstens dass das Volk mehrheitlich gegen eine Mehrwertsteuer ist, zweitens aber dass das Volk die Militärausgaben einschränken will.

Die Mehrwertsteuer wurde denn auch am 12. 6. 77 vom Volk abgelehnt, obwohl sie zusammen mit einer Steuerharmonisierung dem Volk «verkauft» worden war. Ein schwerer Brocken, so ein Nein, für eine Regierung, die aufs Volk hören sollte.

Die Devisen hiess fürs erste wieder Sparen. Aber wo? Antworten darauf aus dem Volk gab sich die Studie. Und so hätte man erwarten können, dass der Bundesrat den Volkswillen in seinen Sparvorschlägen berücksichtigen würde. Es ist ja durchaus üblich, dass unsere Regierung und auch das Parlament sich auf wissenschaftliche Unterlagen stützen.

Studie unter Verschluss

Dem Volk wurde aber am 4. Dez. 1977 eine Sparvorlage zur Abstimmung unterbreitet, die weit weg von dem in der Studie zum Ausdruck gekommenen Willen der Bevölkerung lag. Eine Vorlage, die überall ein wenig abstrich und alle diese Kürzungen in einem Paket vereinigte. Die Stimmbürger hatten nicht die Möglichkeit, sich zu einzelnen Punkten zu äussern. (Sie nahmen die Vorlage an.) Die Studie von Prof. Gruner und den interessanten Resultate waren dem Parlament und der Öffentlichkeit gar-

schworene Souverän so souverän nicht ist, wenn er der Regierung einen Strich durch die Rechnung machen will.

Kriegshetzer widerlegt

Die Studie ist voll von weiteren interessanten Resultaten und könnte - einmal an die Öffentlichkeit gelangt - einen kräftigen Druck auf die Finanzpolitik des Bundes erzeugen. Sie macht es aber vor-

Schlechte Bilanz

Von den 60,8%, welche beim Militär sparen wollen, halten 22% die Armee für «grundsätzlich überflüssig», 36% davon schätzen die Militärausgaben als «unnötig und sinnlos» ein. Diesen Resultaten einer wissenschaftlichen Arbeit - die 700 Befragten repräsentieren die politische und soziale Struktur der deutsch- und französischsprachigen Schweiz - steht die Tatsache gegenüber, dass das Schweizer Volk seit 1952 nie die Möglichkeit gehabt hat, über eine Militärfinanzvorlage abzustimmen.

Es steht diesen Resultaten auch die Tatsache gegenüber, dass das Budget für Landesverteidigung in den letzten Jahren als grösster Posten immer über 20% des Bundeshaushalts ausgemacht hat. Daran ändert auch das Sparprogramm nichts.

In ein schlechtes Licht fällt auch die Haltung des Bundesrates in der Frage der Nationalstrassen (NS), welche an zweiter Stelle auf der Sparwunschliste figurieren (42-2% wollen dafür weniger ausgeben). Der Bundesrat ist aber nicht bereit, das NS-Bauprogramm auch nur vom finanziellen Standpunkt her zu revidieren. Und es liegt folglich auch in seiner Linie, dass er die Initiative für Demokratie im NS-Bau zur Ablehnung empfohlen hat.

allein jenen Kreisen in unserer Bevölkerung schwer, welche lauthals und in Kalkül-Krieger-Manier eine forcierte Militärpolitik betreiben.

Etwas Schwarzenbach: «An der Rüstung selbst, an der Waffe unserer Soldaten, darf nichts gespart werden.» Oder «Trumpf-Baur»-Eibel (FDP, ZH): «Am Militär abschneiden zu wollen ist schlechthin landesgefährlich.» Das «Forum für Jugend und Armee» meint: «Wer will denn heute mit Überzeugung in der Armee Dienst tun, die immer mehr zum Museum wird?» Dagegen beweist die Studie, dass es gerade die unteren Altersstufen sind, welche sehr stark beim Militär sparen wollen.

Bundesrat Chevallaz meint zur Sache: «Leider verteidigt sich unsere Freiheit nicht mit Worten, Verträgen und Konferenzen.» Aber man kann die Frage auch umwenden: Wie verteidigt das Volk seine Meinung, welche sehr stark beim Militär sparen wollen.

«Alter Hund» und «Probestück»

Da es die unangenehme Studie nun einmal gibt, muss man eine Haltung dazu finden. Schon immer bewährt haben sich Demis, Allein wenn man den Auftraggeber erfahren will, erhält man widersprüchliche Antworten. Der Pressechef des Finanzdepartementes, Scheidegger, welcher die Studie einen «alten Hund» nennt, behauptet, die Nationalbank sei Auftraggeber.

Prof. Gruner aber sagt, der Finanzminister habe die Studie in Auftrag gegeben, finanziert worden sei sie allerdings von der Nationalbank.

Die zweite Haltung: Man hält das Papier zurück. Ein Jahr lang schlummerte es in einer Schublade, bis endlich, Anfang dieses Jahres, ungehört 40 Weisse unseres Abendlandes das Dokument zur Kenntnis nehmen durften, allerdings mit dem Vermerk: «Bitte geheim halten», «Nicht zur Veröffentlichung bestimmt».

Schlechte Informationspolitik

Wo bleibt die vielzitierte Verbesserung der Informationspolitik, wenn unangenehme Informationen dem Bürger vorenthalten werden? Selbst nachdem die «Gewerkschaftskorrespondenz» und der «Blick» Mitte Februar ein wenig den Schleier über der Studie gelüftet haben, will niemand sie rausrücken.

Schiebungen

Das angekündigte Interview mit dem Zürcher Anwaltskollektiv musste leider aus Platzgründen, die Stellungnahme von Heinrich Buchbinder (SP) zu Jean Ziegler's Artikel über die Sozialistische Internationale aus Zeitgründen auf die April-Nummer verschoben werden.

Ebenfalls auf die nächste Nummer mussten vertröstet werden: ein Artikel über den Werbefeldzug der Kraftwerkbranche und ein interessantes Gespräch mit dem anarchistischen Wissenschaftstheoretiker Paul Feyerabend.

Dritte Haltung: Man tut die Sache ab. Bundesrat Chevallaz nennt die Studie eine «alte, eine überholte Sache» (Schweizer TV, CH-Magazin vom 7. 3. 1977): «Ein Echantillon.»

Prof. Gruner ist da allerdings anderer Ansicht. «Was die Aktualität betrifft, ist sie sicher noch gegeben, wenn auch unter veränderten Vorzeichen (Abstimmungen von 1977)», sagt er dem «Konzept». Im übrigen hat aber auch Prof. Gruner Angst «dass das Ganze nicht in seinen Widersprüchen durchleuchtet werden könnte. Und diese Widersprüche sieht Gruner vor allem darin, dass die Befragten keine oder nur eine schlechte Ahnung in Finanzfragen haben. Immer wieder weist er in der Studie darauf hin, dass die Leute starke Fehleinschätzungen in Finanz- und Steuerfragen geliefert hätten. Dass die Bürger schlecht informiert werden, weiss man; gilt denn die Demokratie nur für die Wissenden?

Wissenschaft im Dienste der Regierung

Oder fürchtet sich Prof. Gruner vor der Verbreitung der wissenschaftlichen Studie, weil er ganz vom Wunsch beseelt ist, dem Bundesrat Propagandahilfe für seine Finanzpolitik zu liefern? «Man möchte doch wissen, welche Gruppen (der Bevölkerung, die Red.) man auf was für eine Weise ansprechen soll», schreibt er einleitend. Oder: «Unsere

Fortsetzung auf Seite 2



++ redaktionelles ++ redak

«das konzept» versichert Sie

Nein, wir sind nicht in die Versicherungsbranche eingestiegen. Aber viele wissen, dass wir bisher von der Studentenschaft der Uni Zürich (SUZ) mitfinanziert worden sind. Und seit diese SUZ in Auflösung begriffen ist (vgl. den Artikel auf Seite 9, «Gilden zwingt Studenten...»), sind viele unserer Leser versichert. Und ebendiese Versicherten können wir versichern. Unseres Fortbestehens nämlich. Wir, die heutigen «konzept»-Macher, haben den absolut Fest Willen, unsere - und Ihre - Zeitung über alle Wirrnisse und Anfeindungen hinwegzureden.

Mit unserer sechsjährigen Aufbauarbeit haben wir auch schon ein bisschen dafür gesorgt, dass dieser Wille nicht bloss Wille bleibt, sondern allmonatlich bedrucktes Papier wird - und das, was wir mit diesem Papier bezwecken: kritische Information, sorgfältige Aufklärung, Verbreitung guter alternativer Ideen. Und wir möchten das immer besser machen.

Aber wir können das nicht ganz allein. Das Geld der SUZ wird uns fehlen. Wir müssen es mit zusätzlichen Abonnenten - und, was schon schwieriger ist, zusätzlichen Inseraten - ausgleichen müssen. Ungern haben wir uns auch entschlossen, ab April den Abonnementspreis um zwei Franken heraufzusetzen.

Sie, liebe Leser und lieber Leser, Sie haben auch schon dafür gesorgt, dass es «das konzept» gibt. Indem Sie uns abonniert haben, lesen, bei Ihren Bekannten propagieren oder uns sonstwie unterstützen. Wir sind in Zukunft noch mehr auf diese Ihre Unterstützung angewiesen. Lassen Sie uns nicht im Stich! Dann lässt «das konzept» auch seine Leser nicht im Stich. - Ist das nicht eine gute Versicherung?

Redaktion, Administration und Inseratverwaltung «das konzept»

Manipulation per Leserbrief

In letzter Zeit häufen sich die Versuche, die Volkmeinung mit gesteuerten Leserbriefen zu manipulieren. Genauer: Solche Machenschaften sind in letzter Zeit vermehrt aufgefallen. Besonders Kreise, die bei jeder Gelegenheit über linke Medienmanipulation und Subversion klagen, scheuen vor Leserbrief-Manipulationen nicht zurück. Beschränken wir uns auf vier Beispiele.

Geztingtes aus Zug

Guido Conzetti, ein freisinniger Bänder, erhielt im Januar 1978 dicke Post von einer «Zeta Public Relations» aus Zug: acht fixfertige Leserbriefe gegen die Arbeitsgruppe Dritte Welt - samt seinen Initialen und der nötigen Zahl von Begleitbriefen an die ausgewählten Redaktionen. «Wir danken Ihnen bestens für Ihre Bereitschaft zur Lancierung von Leserbriefen», stand im Begleitbrief. «Sie erhalten hier einige fertige Texte...»

Dumm war nur, dass sich Conzetti nie zu solch plumper Manipulation bereit erklärt hatte. Hinter der Zeta PR, die als Firma der Öffentlichkeitsarbeit weder bei Tel. Nr. 111 noch im Handelsregister existiert (!), verbirgt sich der frühere Redaktor Max Zingg. «Es handelt sich um eine Aktion von Gesinnungsgenossen», meinte Zingg zu den aufgelegenen gezingten Leserbriefen.

Leserbrief-Zauberer

«Um den Vereinszweck zu erreichen, motiviert der Verein eine breitere Öffentlichkeit mit allen legalen Mitteln, insbesondere mit Publikationen und Tätigkeiten aller Art (Leserbriefe und Kommunikationsmittel in der Presse...), um bei Abstimmungen und Wahlen vereinsfreundliche Resultate zu erreichen», heisst es in den Statuten der «Vereinigung Freie Schweiz» (VFS), die am 28. Juni 1976 gegründet und sogar ins Handelsregister eingetragen wurde.

Ziel der VFS ist «die Erhaltung des Schweiz. Rechtsstaates, des Privateigentums, der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit». Einzigere Vereinsaktivität scheint das Verfassen von Leserbriefen zu sein. Einem Spendenaufruf an mögliche VFS-Sponsoren waren als «kleine Auswahl aus unserer bisherigen Tätigkeit» über 30 in verschiedenen Zeitun-

das konzept Tip

Jerry Dental Kollektiof Tournee '78: «Das kochende Inferno»

Nach dem Erfolg seiner letztjährigen Show startet das 27 Frau und Mann starke Musiker-Kollektiv «Jerry Dental Kollektiof» am 1. April («Rössli»/Stäfa) zur Tournee '78 mit einem neuen parodistisch-absurden Musiktheater-Spektakel. Im Mittelpunkt des multimedialen, gagaistischen Geschehens soll wieder der typische Dental-Sound (eine Art Zirkus-Jazz) stehen. Darum herum das minuziös geplante Tohuwabohu - man kann diese Kollektiof-Spezialität auch «Show im klassischen Sinn» nennen - aus Musik, Tanz, Stolpern, Gags, Gesang, Sketches, Akrobatik, Versprechern, Zauberei und so weiter.

Tourneplan:

Table with 2 columns: Date and Location/Event. Includes dates from Fr. 31. 3. to So. 30. 4. and locations like Wettingen, Zürich, Luzern, Bern, Basel, Winterthur, München.

Kritiker Israels

Hat Israel Angst vor dem Frieden? Von Michael Dym, «das konzept» 2/78

Ein guter Artikel. Auch ich bin ein besorgter und kritischer Freund Israels. Nur ein Detail: Arafat hat nie einen binationalen Staat vorgeschlagen: «Palästina ist... ein integrierter Bestandteil der grossen arabischen Heimat, und das palästinensische Volk ist ein Teil der arabischen Nation...» Und so weiter («The Palestinian National Covenant», bestätigt 1974 in Kairo).

In allem Wesentlichen stellt M. Dym die Dinge klar und treffend dar. Nur schade um die Anmerkungen der Redaktion. (Siehe Anmerkung, Red.) Es ist doch einfach lächerlich zu behaupten, man fände in Israel keine kritischen Stimmen (im Gegensatz zur arabischen Welt). Als ob es sie alle nicht gäbe: Amos Elon («Die Israelis»), A. B. Yehoshua («Angesichts der Wälder»), Amos Oz, Dan Ben Amos, A. L. Eliav, S. Yishar (bereits 1975, «Tage von Tsi-ki»), «Gespräche mit der Landesprache», «Der Gouverneur von Jericho» (1976 oft aufgeführtes Theaterstück über den hässlichen Israeli und den 100% guten Araber). Und die vielen Kritiker unter den Hochschulprofessoren (die dadurch ihre Stelle nicht verlieren?) und sie alle schreiben in der Landessprache, werden im Land gedruckt. Arabische Selbstkritik muss meist im Ausland und übersetzt erscheinen. «Wenn die Kanonen schweigen» eines «Al-Ahram»-Journalisten gibt es nur in Übersetzung.

Die gegenwärtige Regierung in Israel ist ein Linker. (Arafat ist ein Linker, aber auch ein anderes Israel. Siehe z. B. Marek Halter, «Le fou et les rois» - oder den Artikel von R. W. Schloss, «Geschenk vom Erzvater Abraham» in der «Weltwoche» (O Schreck!) vom 15. Februar. W. S. Ehrenberg

Anmerkung: Der Kasten zu M. Dym's Artikel, auf den sich der Verfasser des Leserbriefes mit «Anmerkungen der Red.» bezieht, stammt aus der Feder des Verfassers M. Dym. Red.

Ohne Polizei keine Gewalt?

«Wollt ihr die totale Polizei», «das konzept» 1/78

Kein vernünftiger Mensch kann den Einsatz der Arme gegen Demonstrationen befürworten, das ist eine klare Feststellung. Gewaltanwendung (auch solche mit einem guten Ziel) und erst recht Terrorismus müssen wenn möglich verhindert, andernfalls aber bekämpft werden, auch damit werden fast alle einverstanden sein. Dass durch Systemveränderung ein grosser Teil der Gewalt zum Verschwinden gebracht werden könnte, bestreite ich nicht, allerdings meiner Ansicht nach nur durch Gesinnungswandel eines jeden einzelnen und nicht durch Zerstörung der Gesellschaftsstrukturen, bevor man etwas Besseres als Ersatz zu bieten hat. Dies wird im besten Fall noch ein bis zwei Generationen dauern. Gewalt und Verbrechen haben wir aber hier und jetzt, und die bestehenden kantonalen Polizeikörper sind diesen offenbar nicht gewachsen, also haben wir eine Polizeitourne. Bundesbehörden für Einsätze dort, wo es nötig wird, eben nötig - oder seid Ihr wirklich so naiv und glaubt, das

«Pro-Initiative lächerlich abgefasst» Eine besonders doppelböhrige Leserbriefkampagne organisierte Peter Ador, Cincera, damaliger Berner Statthalter, vor der Abstimmung über die Waffen- und Ausrüstungsinitiative im Herbst 1972. Ador's Leserbriefplan ist in der DM-Broschüre «Cincera alias Cäsar» auf S. 24 faksimile abgedruckt. Geplant waren sogar Leserbriefe «Pro-Initiative lächerlich abgefasst», damit man sie in der nächsten Runde zerzetzen konnte! Besonders original: In einem «Bund»-Leserbrief war Ador den Waffenausfuhrgegnern «vorfabrizierte Leserbriefe» vor!

«Pro-Initiative lächerlich abgefasst»

Saftiges aus Hallau Zu wem zweifelhaften Methoden Hallaus Traubensaft-Unternehmer Emil Rahm greift, um die Schweizer Presse mit Leserbriefen zu überschwemmen, hat die Arbeitsgruppe Medienkritik in einem «konzept»-Artikel «Der Winkler von Hallau», Jan. 76, widdokumentiert. (Nummer gegen 1.50 Fr. in Briefmarken auf der Redaktion erhältlich.) Jürg Frischknecht

Hetzkampagne gegen AG Dritte Welt

Eine beispiellose publizistische Hetzkampagne ist seit dem Erscheinen der Broschüre «Motor-Columbus entdeckt Amerika - 66 Jahre Elektrokolonialismus in Argentinien» gegen die Arbeitsgruppe Dritte Welt aus Bern in Szene gesetzt worden (vgl. «das konzept» 12/77). Motor-Columbus (MC) hat eine 63seitige Gegendokumentation herausgegeben, mit welcher die Arbeitsgruppe mit perfiden Methoden ungläubig gemacht werden soll. Einige Beispiele: Den Zahlen über die von der MC beherrschten Compania Italo-Argentina de Electricidad (CIAE) bezahlten Arbeitslöhne stellt die MC eine Zahl des heutigen Durchschnittslohnes gegenüber. Den Vorwurf, die CIAE bezahle Hungerlöhne, kontert die MC mit einer Zusammenstellung über Lohnerhöhungen im Jahr 1977. Dabei werden die durch Streiks erzwungenen Entschädigungen für Arbeitszeiterhöhungen (von 35 auf 42 Wochenstunden) als Reallohnerhöhung ausgegeben! An einem stark besuchten Podiumgespräch in Baden wurden die Leute der Arbeitsgruppe mit derartigen «Argumenten» buchstäblich überempfindlich. Selbstredend hat sich die bürgerliche Presse schützend vor die MC gestellt. In ganzseitigen Public-Relations-Inserten der Bankgesellschaft wurde in den wichtigen Tageszeitungen und Gratiszeitungen (Kosten geschätzt gegen eine Viertelmillion) die Arbeitsgruppe auf dieselbe Art schlechtgemacht. Eine Public-Relations-Agentur aus Zug organisierte eine Leserbrief-Hetzkampagne, die dann allerdings auf flog. (Vgl. den Artikel auf dieser Seite.) MC hat Verbindungen zu ihren Züger Gesinnungsfreunden demontiert. Aber: Wie glaubwürdig ist die MC noch? In Zürich erklärte MC-Vize-Direktor Enderlin an einem Podiumgespräch, man könne nicht sagen, ob in Argentinien heute Repression herrsche und ob dort tatsächlich Menschenrechte verletzt würden...

«das konzept»-Hintergrund

Hetzkampagne gegen AG Dritte Welt

Die Broschüre «Motor-Columbus entdeckt Amerika» ist bei der Arbeitsgruppe Dritte Welt, Postfach 1007, 3001 Bern, weiterhin zum Preis von 3.50 Fr. erhältlich. Die «konzept»-Nummer mit dem Artikel «Elektrokolonialismus in Argentinien» für 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

es keine Gewalt gäbe, wenn wir keine Polizei hätten?

Ich möchte gerne wissen, wie Ihr euch die Lösung des Problems konkret vorstellt. Wen oder wem sollte man einsetzen, wenn z. B. der Goldkistenexpress von Geiselnahmern besetzt würde, oder ein Kindergarten, was nach den Erfahrungen in Holland nicht auszuschliessen ist? Oder sollte man die Forderungen



Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion „das konzept“, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

allfälliger Terroristen erfüllen und dann abwarten, was sie beim nächsten Mal wollen?

Natürlich bin ich gegen Gewalt und Repression, aber es gibt doch eine Art von Schwäche, die gerade eine Einladung ist und die Gewalt provoziert. Auf jeden Fall bin ich der Meinung, dass diese Bundesicherheitspolizei das kleinere Übel ist.

Barbara Maag-Stiner, Steinmaur

Fredi Hänni hat in seinem Artikel ganz klar zwischen der Anti-Terror-Polizei (300 Mann) und der Anti-Demonstrations-Polizei (ca. 1000 Mann oder mehr) unterschieden. Der Artikel hat sich nicht gegen die Bekämpfung des Terrors gekehrt, sondern in erster Linie gegen das Abwürgen demokratischer Rechte und grosser Bürgerbewegungen; die fraglichen Fälle heissen «Kaiseraugst», «Gösgen», «Moutier» usw., nicht «Gefahren im Kindergarten». Unserer Ansicht nach sind Demokratie und Rechtsstaat (?) nicht dann gefährdet, wenn ein paar hundert oder tausend waffenlose Bürger ein AKW-Gelände besetzen, sondern dann, wenn dieses AKW gegen den Willen der Bevölkerung gebaut wird und mit Waffen gegen die eigenen Bürger geschützt werden muss.

Mit dieser Ansicht braucht man übrigens noch nicht einmal linksextem zu sein, haben doch ganz bestandene Sozialdemokraten im Nationalrat verlangt, dass die «Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern aus dem Aufgabenkatalog der BuSiPo gestrichen werden soll. Die Redaktion

Auch für Schweizer Linke Die K-Story, Erfahrungsberichte aus der Welt der Marxist-Leninisten, in «das konzept», Nr. 1/78

Liebe Redakteure, als einer der Mitautoren des von Euch im «konzept» behandelten Rotbuches «Wir warn die stärkste der Parteien...» möchte ich Euch mitteilen, dass wir uns sehr darüber gefreut haben, dass unsere Veröffentlichung anscheinend auch für Linke in anderen westeuropäischen Ländern von Interesse ist.

Mit freundlichen Grüssen Thomas Hofmann

Beachte auch die Antworten einiger Schweizer Organisationen auf die K-Story in «das konzept» 2/78 auf Seite 2. Red.

Das Volk darf nicht wissen, was es will

Fortsetzung von Seite 1

bietet den Vorteil, dass der Kredit keiner Parlamentskontrolle untersteht. Ausgewertet zur Studie wurden die Resultate der Umfrage aber von universitären Institut dem Prof. Gruner vorsteht, also mit Berner Staatsmitteln. Die Angelegenheit ist den Beteiligten peinlich, und durch ihre Publizitätsangst wird sie noch peinlicher. Der Bundesrat muss zu diesem Dokument Stellung nehmen, und es bleibt zu hoffen, dass er es nicht in der Art von Herrn Eisenring (Zürcher CVP-Nationalrat in der CH-Sendung) tut: «Wo falsche Resultate (bei Umfragen, die Red.) herauskommen, ist es Aufgabe des Parlamentes und des Bundesrates, wieder zu führen.»

Table with 2 columns: Topic and Percentage. Topics include Landesverteidigung, Entwicklungshilfe, Hochschulen, Forschung, AHV, Krankenversicherung, Nationalstrassen.

Machen Sie uns bekannt! Verteilen oder verkaufen Sie «das konzept» an öffentlichen Veranstaltungen in Ihrer Region. Wir schicken Ihnen gerne Nummern zu (Tel. 01/47 75 30).

Werben Sie für «das konzept»! Wir möchten in allen Regionen Werbegruppen schaffen. Rufen Sie uns doch mal an. Auf (01) 47 75 30 erwarten Sie fünf charmante Stimmen...

Sie suchen in Zürich möbl. Zimmer oder möbl. Wohnung? Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

Verwaltungs AG, 8039 Zürich Tel. 01/47 75 30

Der eidgenössische Atommüll

Nun ist die Katze aus dem Sack. «Jetzt müssen wir Lagerstätten für unseren Atommüll endlich finden», so Bundespräsident Willi Ritschard. Einfacher gesagt als getan!

Wenn die Atommüllbesitzung technisch gelöst ist, warum verlangt denn Frankreich, dass wir «notigenfalls» unseren in den Aufbereitungsanlagen in La Hague deponierten Atommüll zurücknehmen müssen?

Wie handelt eine Bauherrschafft, die ein Haus ohne Senk- oder Klärgrube baut? (sicher unverantwortlich)

Wieso konnten gewisse Behörden Betriebsbewilligungen für Atomkraftwerke erteilen, ohne dass die Besichtigung des anfallenden Atommölls vorgeschrieben wurde?

Wozu sollen «Sondierbohrungen» vorgenommen werden, wenn es doch klar ist, dass solche Bohrungen nur eine Ablenkung haben können, denn

erstens kann eine heute ausgeführte Bohrung keine Auskunft darüber liefern, wie sich die Lagerstätte in hundert oder tausend Jahren verhalten wird, und zweitens kann auch darüber keine verbindliche Einsicht erhalten werden, wie sich im Lauf der Jahrhunderte ein Jahrtausende der Atommüll in seinen Behältern und seinem «Grab» betragen wird und ob nicht doch die hochgiftigen Stoffe trotz allem mit der Biosphäre in Verbindung kommen und dadurch die befürchteten lokalen und globalen Verursachungen der Umwelt verursachen.

Jede Versuchsbohrung ist eine unnotwendige Beunruhigung der Bevölkerung, ganz abgesehen von Enteignungsabsichten des Bundesrates. Jede Bohrung ist aber auch eine reine Geldverschwendung, die der Steuerzahler oder der Stromkonsument berappen muss. Die einzig ehrliche und logische Folge: Es gibt keine Bohrung, die von den Behörden eingebrockten Studien lautet:

Sofortiger Betriebsstopp der Atomkraftwerke, damit kein weiterer Atommüll produziert wird.

Bewilligungs- und Baustopp für weitere Atomkraftwerke. Es gibt keine technische und medizinisch sichere Lagerung des gefährlichen hochradioaktiven Atommölls!

E. Varrone, Schwarzenburg

Abbestellungen

Wir verschickten, wie jedes Jahr, unsere Erneuerungsrechnungen für Abonnenten, und erhielten, wie jedes Jahr, einige Abbestellungen. Manche waren mit Kritik begleitet, wir würden nicht mehr ausgeben!

Ich verzichte auf die Erneuerung, weil ich wohl in der Sache mit Ihnen in vielem einig bin, den Ton aber, in dem es meistens vertreten wird, nicht schätze.

H. E., Zuzwil Ich verzichte auf Ihr Blatt, weil ich von der einseitigen Sicht der Probleme, wie Sie sie haben, nichts halte. Sie haben damit keine Zukunft! K. W., Wallisellen

Es scheint mir, dass Ihre Zeitung zuweilen in links Richtung genauso überzieht wie die «NZZ» nach rechts. Vielleicht bin ich aber auch ganz einfach aus dem «Protestjahre» heraus. Trotzdem möchte ich Ihnen sagen, dass ich im «konzept» nie und da einen Artikel gefunden habe, der sehr aufschlussreich war und dem ich auch heute noch zustimmen würde.

E. H., Flawil Da unsere Institution aufgehoben wird, müssen wir auf eine Erneuerung des Abbonementes verzichten.

Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften (Vorbereitungsstufe)

Leider müssen wir unser Abbonement abbestellen: unsere Kommission wird Ende Jahr aufgelöst (fragen Sie nicht, warum...)

Kommission für Studienreform, Zürich

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz: Telefon (0) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Künig, Rolf Nef, Beat Schweighofer, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hänni Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangaben gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herabsetzung: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaft, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk, Auflage 23 000 (reduzierte Auflage im März und September 22 000).

Inserate: Inseratverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. (0) 47 75 30, PC-Konto 80-36651 1-sp-spb-Zeile -62 Fr. (Gibliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Mitarbeiter-Sitzung: 17. 3. 78 Weinbergstr. 31, 12 Uhr.

Redaktionschluss: Nr. 4: 31. 3. 78

Inseratenschluss: Nr. 4: 7. 4. 78

Aktionen der Atomkraftwerkgegner 1978:

Sieg oder Tod der Bewegung?

Von Daniel Wiener

Gute Aussichten für die Atomkraftwerkgegner im entscheidenden Jahr 1978? Die erste grössere Demonstration am letzten Februar-Wochenende war jedenfalls ein Erfolg, wie ihn niemand erwartet hatte: In Basel trafen sich 500 Personen zu einer Protest-Blockade der Autobahn-Auffahrt aus Richtung Deutschland. Grund: Über diese Strasse werden gegenwärtig fast täglich Brennstabtransporte für das Atomkraftwerk Gösigen geführt. Am Ende der dreieinhalbstündigen Kundgebung war die Zahl der Demonstranten auf über 1000 angewachsen! Wenn das Jahr 1978 für die Atomkraftwerkgegner ebenso verläuft wie dieser gewaltfreie Besetzungsversuch, wenn sich also bis Dezember die Zahl der AKW-Kritiker mehr als verdoppelt, dann ist ein Sieg bei der Abstimmung über die Atomschutzinitiative so gut wie sicher.

Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist fraglich und hängt weitgehend von der Strategie und Taktik auf beiden Seiten des AKW-Zaunes ab: Hinter den Stacheldraht-Verhau stehen die Polizeikräfte der Regierung, die Elektroindustrie, einige Gewerkschaftsfunktionäre und immer noch ein grosser Teil des Parlamentes, kurz: die Atomlobby. Ihre finanziellen Spieße reichen weit, ihre Einschüchterungsversuche sind wirksam, ihre Verbindungen zu den Massenmedien erfolgversprechend.

Auf der andern Seite - vor dem Zaun - stehen Tausende, mit Phantasie, Humor und Härte ausgerüstete Bürgerinnen und Bürger, die sich allerdings nur in einem Punkt einig sind: Sie wollen keine Atomkraftwerke. Noch immer etwas abseits warten jene Gruppen, die die entscheidende Stärkung dieser grossen Bewegung herbeiführen könnten: die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, die Schriftsteller, Künstler und andere Intellektuelle. Seltensamerweise hat auch die Studentenebewegung im heutigen Kampf kaum Gewicht. Doch das kann sich ja ändern.

Was wird 1978 geschehen? Um mögliche Aktionen der AKW-Gegner beurteilen zu können, müssen wir zunächst einen Blick auf die Taktik der Atomlobby werfen.

Die Strategie der Atomlobby

1. Säule: Die Abstimmung über die Atomschutz-Initiative soll wenn möglich noch im Dezember 1978 über die Bühne gehen. Die Atomlobby vertraut auf einen Propaganda-Apparat, der in den letzten Jahren des grossen fortschrittlichen Vorschlag in der Volksabstimmung zu Fall gebracht hat (Mitbestimmung, Reichtumssteuer, Demokratie im Nationalstrassenbau usw.). Würde die Abstimmung erst im Frühjahr 1979 durchgeführt, also im grossen Wahljahr, dann fielen es den Propagandisten der Atomlobby - vorab den AKW-hörigen Politikern - viel schwerer, Farbe zu bekennen. Sie müssten ja riskieren, nicht wiedergewählt zu werden.

2. Säule: Staat und Industrie koordinieren ihre Propaganda. Noch dieses Jahr wird der beruhigende Schlussbericht über den Vorläufigen Atomfall (1969) im Versuchsreaktor Lucens VD veröffentlicht, ebenso wird die Gesamtenergiekonzeption (GEK) den Vorwand für weitere Atomkraftwerke liefern; auch wird eine Studie der NAGRA (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), gerade jetzt, die eine Scheinlösung für das Atommill-Problem anbietet. Neben der allgemeinen (Lügen-)Propaganda der Atomlobby (Kennzeichen: verschweigen, verneinen, einschüchtern, emotionalisieren) steht die Bearbeitung bestimmter Zielgruppen im Vordergrund: In der Herbstveranstaltung der Schweizerischen Gewerkschaftsbund im Tessin seinen Energiekongress. Wie in der Bundesrepublik erhoffen sich die Atomgewaltigen auch in der Schweiz von diesem Anlass die grosse Weite. Solange die Gewerkschaftsbasis zulässt, dem Berner Hardmeier, Vorstandsmitglied der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA), die Energiepolitik des Gewerkschaftsbundes macht, sieht es für die Atomkraftwerkgegner schwarz aus. Mit aller Härte müsste der Schweizerische Gewerkschaftsbund klarstellen, dass zwischen Energieerzeugung und -erhaltung von Arbeitsplätzen in der Schweiz kein Zusammenhang besteht. Man kann nämlich auch mit Energiepartektechnik Arbeitsplätze schaffen.

3. Säule: Kriminalisierung der Atomkraftwerkgegner und Repression. Motto: Wer gegen Atomkraftwerke ist, ist ein Staatsfeind und Gewalttäter. Ziel: Spaltung der Bewegung in «gute» und «böse» Atomkraftwerkgegner.

Atomtäter und Sympathisanten

Unter diesem Titel steht in der neuesten Ausgabe des Alternativmagazins «Leser-Zeitung» eine Serie über die Atomlobby, ihre Machenschaften, Pläne und Strategie, ihre finanziellen und persönlichen Verflechtungen, ihre Präsenz in eidgenössischen Kommissionen, in Parlamenten und in der Forschung. Autoren des Berichtes sind der Ökonom Philipp Leutenegger und der Journalist Daniel Wiener. Die «Leser-Zeitung» erhält man am Kiosk oder als (Probe-)Abonnement bei Postfach 259, 8021 Zürich, Telefon (01) 42 44 01.

Was planen die AKW-Gegner?

Unter dem Druck der Verhältnisse haben die gegenseitigen Angriffe der Atomkraftwerkgegner und ihrer Organisationen stark nachgelassen. Wer heute gegen Atomkraftwerke demonstriert, tut das unter dem moralischen Schutz der demokratischen Gruppen, die sich voll auf einen konventionellen Abstimmungs-kampfbereiten.

Von Karfreitag bis Ostermontag ruft ein Komitee mit Unterstützung der nationalen AKW-Gegner-Koordination zu einem «Massen hungerstreik» gegen Atomkraftwerke auf. In einem geeigneten Zeit im Schachen bei Aarau soll während gut drei Tagen nicht gegessen und nur gesalzenes Wasser und ungezuckerter Tee eingenommen werden. Der Hungerstreik dient als Ausgangspunkt für neue Aktivitäten, als Denk- und Diskussionsort über das weitere Vorgehen. (Information: «Komitee Massen hungerstreik gegen A-Werke», Postfach 66, 4123 Allschwil 1, PC 40-578). Kurz nach Ostern beginnt im Raum Zürich eine Informationskampagne über das Atomkraftwerk Leibstadt.

Heisser Herbst

Niemand macht sich Illusionen darüber, dass auf dem Umweg über Lucens die für Herbst 1978 geplante Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Gösigen

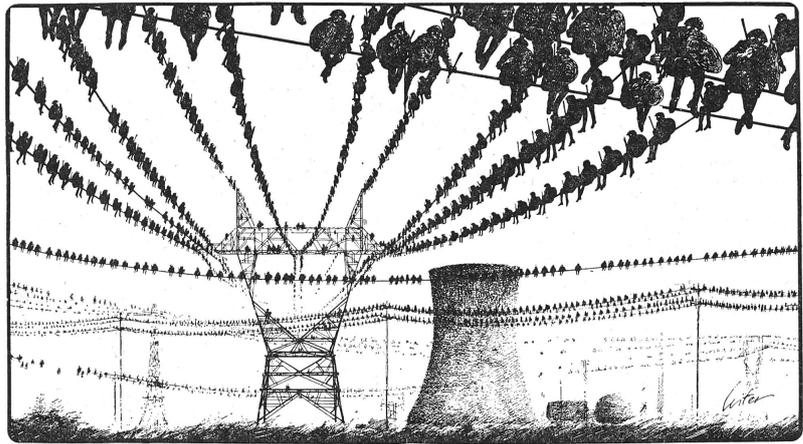
Zwischen Gösigen und Leibstadt

Das Atomkraftwerkgeheimkomitee (ZAK) zeigt vom 21. März bis 14. Mai im Le-Corbuser-Zentrum eine Ausstellung über das AKW Leibstadt u. a. AKWs in der Schweiz; mit Veranstaltungen, Diskussionsrunden. Genaues Programm im «focus»-Veranstaltungskalender und in der Tagespresse.

verhindert werden kann. Zu diesem Zweck diskutiert die Bewegung verschiedene neue Formen von gewaltfreien, direkten Aktionen. In Lucens sollen sie eingebüht werden. Gegen die Betriebsbewilligung in Gösigen wollen zwar einige Personen und Gruppen noch Einsprache erheben. Ob das Amt für Energiewirtschaft einer Beschwerde allerdings aufschiebende Wirkung zuerkennt, ist fraglich.

Stützt sich die AKW-Gegner-Bewegung dieses Jahr vollständig auf die legalen, konventionellen Mittel (Abstimmung, Gesetzesrevision, Einsprachen, gerichtliche Klagen usw.), dann läuft sie Gefahr, 1978 zu sterben. Sie gibt ihr Schicksal in jene Hände, die ihr feindlich gesinnt sind: dem Propaganda-Apparat der Atomlobby, den Gerichten des Bürgertums, dem atomfreundlichen Amt für Energiewirtschaft und dem von der Wirtschaft beherrschten Parlament. Wer in diese Institutionen kein Vertrauen mehr hat, plant über das Abstimmungsdatum hinaus, Neue Aktionen, vielleicht auch neue, bessere Initiativen müssen ins Auge gefasst werden. Noch immer klingen mir die bürgerlichen Kommentare nach der Ablehnung der Mehrwertsteuer im Ohr: «Das Schweizer Volk hat eine Vorlage noch selten auf Anhieb angenommen. Wir brauchen einen neuen Anlauf». Es ist unvermeidlich: Falls die AKW-Gegner nach der Abstimmung einen neuen Anlauf nehmen, wie der Bundesrat kürzlich mit seinem Konjunkturartikel, wird man es «Zwängerei» nennen. Das sollte uns aber nicht schrecken. Auch im Jahr 1978 geht der Kampf gegen AKWs weiter.

Im nächsten «konzept»: Die Werbetrommel der AKW-Lobby; «Sicher, sauber, unentbehrlich»



1977: 1000 Polizisten aus allen Ecken des Landes schützen das AKW Gösigen gegen friedliche Demonstranten

Filmprojekt: Gösigen

Aufruf zur Unterstützung

Liebe AKW-Gegner, Die Filmgruppe Gösigen des Filmkollektivs Zürich plant einen Film über die Ereignisse in der AKW-Bewegung seit dem Pfingstmarsch. Es war klar, dass sich in Gösigen ein Prozess von grosser Tragweite abspielen würde; so wurde beschlossen, eine filmische Dokumentation in 5-8 mm herzustellen, die über Monate hinweg nicht nur die spektakulären Ereignisse, sondern auch die Entwicklung innerhalb der Bewegung und der Bevölkerung festgehalten hat. Dieses sehr vielfältige Material soll nun zu einem grösseren Film in 16 mm (blow-up) verarbeitet werden.

Die Filmgruppe Gösigen fordert alle AKW-Gegner auf, diesen Film durch ihre Unterstützung zu ermöglichen.

Ein Film über die AKW-Bewegung am Beispiel von Gösigen hätte bei Wirtschaft, Fernsehen und Bund keine Aussichten auf Unterstützung. Das Fernsehen hat bis jetzt sogar die Ausstrahlung von «Mehr Atomkraftwerke» verweigert.

Filme zu solchen Themen müssen daher von der Bewegung selber getragen werden. Dass dies möglich ist, hat der Film «Lieber Herr Doktor» über den Schwangerschafts-

bruch gezeigt. Fernsehen und Bund haben ihre Unterstützung verweigert; der Film ist aber dank der breiten Unterstützung durch die Bevölkerung und der Arbeit der Filmgruppe und des Filmkollektivs möglich geworden. Nächstes Jahr steht die Abstimmung zur Atominitiative an. Dem Gösigen-Film könnte da eine ähnliche Bedeutung zukommen.

Das Budget für das Filmprojekt Gösigen, Löhne, Materialmieten, Verleihkosten und die Erstellung einer französischen Version eingeschlossen, beläuft sich auf ca. 90 000 Fr. Um die Materialkosten und die Leistungen, die sofort bezahlt werden müssen, zu decken, brauchen wir ca. 30 000 Fr. Mit diesem Brief rufen wir auch Einzelpersonen auf, den Film durch Spenden zu unterstützen.

Das Geld ist auf PC 80-4465 einzuzahlen. Würde der minimale Betrag von ca. 30 000 Fr. nicht zusammenkommen, so müsste das Projekt annulliert und das Geld zurückbezahlt werden.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüssen,

Die Filmgruppe: Donatello Dubini, Fosco Dubini, Jürg Hassler, Rolf Reemtsen, weitere Mitarbeit: Dieter Gränicher, Marcel Meili

Solothurner Sexualkundeunterricht «vertagt»

Das leidige «Spiel der Säfte»

Über Sexualität wird an den Solothurner Schulen auch in den nächsten Jahren nicht gesprochen - wenigstens offiziell nicht. Eine didaktische Wegleitung zum von weiten Kreisen geforderten Sexualkundeunterricht steht immer noch aus. Zwar hat das Solothurner Erziehungsdepartement 1974 eine 12köpfige Sexkommission mit «Spezialisten aus verschiedenen Fachbereichen» gebildet, doch die das begutachtete Gremium lediglich zwei Mal in vier Jahren. Der grosse Entwurf in dieser Sex-Komodie war Alt-Schulinspektor Ernst Hess (70) vorbehalten. Er erfüllte seinen Auftrag, die Gestaltung der Wegleitung, nach Treu und Glauben - aber eben, seinem Glauben.

«Man kann sowohl bekleidet als auch unbekleidet sehr unmoralisch sein», sinniert Hess. Und so schreibt er denn nicht über unbekleidete Menschen und Sex, sondern geht - dafür lassen sich allerdings gute Gründe finden - aufs Ganze: wertet Seite um Seite an seinem ganzheitlichen Bewusstsein und Weltbild. Anstelle der früheren Führungsgründe ist ein unübersehbarer Pluralismus getreten. (...) Der heftige Wunsch des einzelnen, jeder Autorität zu entraten und sein Leben nach eigenem Gutdünken zu gestalten, zeigt sich, weil es sich um eine elementare Lebensgestaltung handelt, besonders deutlich auf sexuellem Gebiet.» Angesichts des drohenden Umsturzes ruft der Alt-Schulinspektor nach neuen Grundlagen für die Gesamterziehung der «Zöglinge». Die starke Hand des Erziehers braucht es dringend: «Ein vergleichender Blick auf die Tierwelt bringt uns das eindrücklich in Bewusstsein. Ein Küken zum Beispiel beginnt, kaum hat es die Eierschalen abgestreift, zu laufen und zu picken und

Als Solothurner Erzieher sehe ich immer mit grosser Besorgnis dem Frühling entgegen.



Dieses leidige Spiel der Säfte gewisser Pflanze, ist ja geradezu jugendgefährdend.



braucht von nun an nur noch zu wachsen, um ein Huhn zu werden.»

Um wieviel schwieriger hat's der Mensch! Er muss sich vor mannig-(bzw. frauig-)fachen Gefahren schützen, ein «Gegengewicht zu den mit der Pubertät wirksam werdenden Trieben und Begierden» finden, kurz: unterscheiden lernen zwischen dem niederen Sex und der hohen LIEBE: «Es ist die geheimnisvolle menschliche Fähigkeit, für die uns in der deutschen Sprache das Wort Liebe zur Verfügung steht, ein Wort von unerhörtem Inhaltsreichtum, das einen Bogen vom Trivialsten zum Erhabensten spannt und unendliche Möglichkeiten des Missverstehens in sich birgt, weil sie kaum zu trennen ist von dem zweiten Träger menschlicher Beziehungen, der Sexualität, die nur im Tiere als eine vom Spiel der Säfte geregelte Naturkraft bestehen darf, von Menschen aber kultiviert werden muss.» (Ernst Hess: «Wegleitung für die Sexualerziehung», Entwurf, 2. Teil.) Die Ansichten des alten Schulinspektors mögen etwas verschoben sein, blamabel werden sie erst, wenn sie vom Auftragegeber, dem Regierungsrat, und von einer «begleitenden» Expertenkommission zum «Alibi-Entwurf für eine heutzutage Sexualkunde gemacht werden. Mit der Sexualität treiben sie ein etwas trauriges Spiel im Solothurner Polit-Saftladen. Liselotte Suter

Mehr zum Thema «Sexualkundeunterricht in Solothurn» finden Sie in der «Solothurner AZ» vom 1. März 1978 unter dem Titel «Die bösen Begierden».

Es darf weiter betoniert werden

Gott sei Dank! Vernunft hat gesiegt. Das Werk des Jahrhunderts, unsere Autobahnen, ist vor dem Zugriff von 6 Millionen von Bananens geteilt! Es wird nichts aus dem Volksentscheid über die Tunnelplätze für des Schweizer liebsten Volkssport. Die Basten werden den Zürchern von Bananens geteilt, dass das Y nicht ins Weichbild der Limmatstadt passe, und die Ostschweizer werden nicht in Versuchung geraten, bei einem Glas Fendant gleich auch darüber zu urteilen, ob nun 3% N-9-Blei zum edlen Saft gehören oder nicht. Weisse Selbstbescheidung, diese Verwerfung der unserer Wesenart fremden «Demokratie im Nationalstrassenbau!»

Gott sei Dank gibt es in unserem Land auch noch Kreise, die kein Opfer scheuen, wenn es um die notwendige Aufklärung unserer Zeitgenossen geht. Unangenehm zum allgemeinen Hang zur Gleichgültigkeit sind sie zu jedem Aufwand bereit, wenn ihre vitalen Interessen gefährdet sind.

Ein löbliches Beispiel - es gäbe deren viele - sind die Automobilimporteure. Weil ihnen die «Albatros-Initiative gegen den Autogestank unangenehm in die Nase stach, rührten sie sich kräftig die Werbetrömmel dagegen - mit Erfolg: Die Initiative wurde zu Fall gebracht, Autos dürfen weiterhin so stinken, wie es ihnen passt, die Natur hat gegen den «Auspuff-Vogt» gesiegt. (Zweifeln sei hier gesagt: Da gibt's gar nichts zu husten.) Autos stinken vielleicht, doch Geld stinkt nicht - auch in diesem Zusammenhang: Volle 250 000 Franken wollten laut des Dokuments, das wir hier abdrucken, allein die Autoimporteure zur Anti-Albatros-Kampagne beisteuern!



Voraussichtlicher Anteil der Automobilimporteure Fr. 250'000.-- (an die Bekämpfung der Albatros-Initiative)

Table with 5 columns: Importeur, Verkauf, vom Total, Anteil (Fr. 1000 ZH). Lists various car brands and their respective shares in the 250,000 CHF budget.

400 000 Franken machten die Gegner der «Demokratie im Nationalstrassenbau» für «demokratische Meinungs(um)bildung» locker. Dazu - noch die Unterstützung der Automobilverbände usw.

Der Aufwand lohnte sich. Wie viel weniger ist das als die Einmahneinbußen unserer Bauwirtschaft, wenn nicht mehr weiterentwirrt werden darf! Oder wieviel mehr wäre gar vor die Hunde gegangen, wenn das Volk wegen dieser Werbe-Initiative nicht beschlossen hätte, ein nichthalbneues Autobahnstück einfach wieder dem Erdboden gleichzumachen? Man kann ja nie wissen, wozu hysterische Anwohner einer Expressstrasse fähig sind! Um so weniger, als bald das ganze Schweizervolk an Expressstrassen wohnt. Emmanuel Caspary

Freiheit heilt

Bericht über die demokratische Psychiatrie in Italien von Sil Schmid. Mit zahlreichen Dokumenten, Abbildungen, Interviews. Ein Bericht darüber, wie die italienischen Anti-Psychiater - besonders Franco Basaglia und sein Team in Triest - versuchen, die Institution Irrenhaus abzuschieben. WAT 41. 128 Seiten DM 750

Wagenbach

Mehr zum Thema «Sexualkundeunterricht in Solothurn» finden Sie in der «Solothurner AZ» vom 1. März 1978 unter dem Titel «Die bösen Begierden».

Internationaler Frauentag in Freiburg

Demonstration statt Prozession

Am 4. März, anlässlich des Internationalen Frauentages, erlebte das katholische Freiburg seine erste Frauentage-Demonstration: Rund 2000 Frauen aus den ganzen Schweiz forderten auf Spruchbändern und in Reden den freien und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch, einen echten Mutterschutz, Gleichberechtigung in Erziehung, am Arbeitsplatz und in der Familie, Schutz vor der täglichen Gewalt gegen Frauen. Nicht einmal an einer Prozession habe Freiburg bisher so viele Frauen auf einmal gesehen, meinte eine Freiburgerin an der Kundgebung.

Die Polizei hatte zuvor keine Mittel geschaut, um die Organisatorinnen einzuschüchtern, um die Stadt von «unliebsamen Störungen» zu verschonen. Eine Bewilligung war nur mit grossen Auflagen zu bekommen.

Die Route musste so abgeändert werden, dass sie nicht durch die wichtigsten Strassen führte. Diese sind religiösen Prozessionen, Folklore-Umzügen und Militärdeflees vorbehalten – womöglich auch den aufrechten Studenten des StV (Studentenverbindungsvereinigung), der seine Vollversammlung dieses Jahr in Freiburg durchzuführen gedankt und seine positive Lebenseinstellung in drei Umzügen dem Volk zugänglich machen will.

Megaphone wurden den Frauen verboten (Ruhestörung am Samstagmittag um 3 Uhr).

Die Schlussrede auf einem zentralen Platz wurde in die relativ unbelebte Unterstadt verlegt.

Für allfällige Schäden während der Demo hafteten drei Verantwortliche persönlich, zudem musste eine Kaution von 200 Franken hinterlegt werden.

Das schlechte Gewissen gegenüber den Frauen provozierte offenbar eine übersteigerte Angst vor möglicher Gewalt. In einem Brief, welcher der «Tribüne de Lausanne» zugespielt wurde, forderte die Freiburger Sicherheitspolizei die kantonalen Stellen auf, ihre Informationen über Leute zu liefern, die nach Freiburg kommen. Die «rote Pest» drohte offenbar die schwarze Stadt zu verschonen: «Die Organisatorinnen der Manifestation sind uns bekannt. Sie unterhalten enge Beziehungen zur Sektion Freiburg der RML.» Wer sich je einmal unliebsam bemerkbar gemacht hat, ist sich eines Platzhens in der Karree der Polizei sicher: ein *Cineva* ist hier überflüssig.

Trotz Megaphonen und verbotenen Halten auf der Route schritt dann die Polizei dem guten Ansehen zuliebe nicht ein. Die Bussen werden den drei Verantwortlichen diskret ins Haus geschien.

Warum überhaupt eine Demonstration in Freiburg?

Gerade im katholischen Freiburg ist die Unterdrückung der Frauen durch

Kirche, Gesetz, Ärzte und Wirtschaft besonders hart:

Man rühmt sich, dass die legalen Abtreibungen in den letzten 15 Jahren an einer Hand abzählen sind. Es wird aber verschwiegen, dass – wie Statistiken zeigen – ein hoher Prozentsatz der Frauen, die in Genf abtreiben, Freiburgerinnen sind.

Im ganzen Kanton gibt es auf 5000 Frauen über 15 Jahren einen Gynäkologen. Die Wartezeiten für ein Rendez-vous dauern manchmal Monate. Der Preis, den eine Frau für eine Untersuchung zahlen muss, ist doppelt hoch: Die Ärzte halten sich kaum an die Tarife der Krankenkassen und scheuen sich nicht, den Patientinnen ihre unumstösslichen Vorstellungen von Moral aufzuzwingen.

Obwohl viele Frauen arbeiten, fehlen ausreichende Kinderkrippen. Die wenigen, die es gibt, sind teuer. Krippen zu errichten wurde privaten oder kirchlichen Stellen überlassen.

Die einzige Familienplanungsstelle des Kantons ist nicht einmal mit einem Gynäkologen besetzt. Lediglich eine französisch sprechende Beraterin – für deutschsprachige Frauen, geschweige denn für Ausländerinnen, existiert nichts dergleichen – ist vor allem für Informationen zuständig.

Von Sexualaufklärung ist in den Freiburger Lehrplänen nichts vermerkt. Frauen sind als Arbeitskräfte so lange erwünscht, als sie gebraucht werden. In einem Schreiben an das Lehrpersonal des Kantons forderte die Erziehungsdirektion die Doppelverdiennerinnen auf, sich wenn möglich zurückzuziehen, da nun kein Lehrermangel mehr bestehe.

Trotz allem ist die Situation in Freiburg nicht hoffnungslos. Immerhin haben sich verschiedene Frauengruppen gebildet (FBB, Groupe Femmes, SP-Frauen), die zurzeit zusammenarbeiten, um die Idee eines Frauenzentrums zu realisieren und so wenigstens einen Ort zu haben, an dem Probleme und Möglichkeiten zur Veränderung der konkreten Situation diskutiert werden können.

das konzept hilft weiter

«das konzept» hat seinen Leserinnen und Lesern schon seit Jahren in der Frage der Verhütung und in schwereren Fällen geholfen. Wir geben eine immer wieder verbesserte Liste von Ärzten, welche die Abgabe der Pille liberal handhaben, auf Wunsch gratis ab. Wir haben auch ein Merkblatt für Sie bereit, welches Ihnen im Fall einer unerwünschten Schwangerschaft weiterhelfen soll: mit Adressen von Ärzten, denen Sie sich anvertrauen können, mit Adressen von Kliniken im Ausland, wo Sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen können (neueste Auflage Herbst 1977). Sie erhalten die Liste auf Anfrage (mit frankiertem Antwortumschlag). Die Redaktion

Zur Situation misshandelter Frauen

«Weggehen ist nicht einfach» – solange es keine Frauenhäuser gibt

Seit etwa einem Jahr gibt es in Berlin ein Frauenhaus, in dem misshandelte Frauen und Kinder Zuflucht finden können. 615 Frauen mit 730 Kindern waren in dieser Zeit für kürzere oder längere Zeit auf Notunterkünfte angewiesen. Rund 776 Hinweise auf Misshandlungen durch den Ehepartner, Freund, Vater oder Sohn gingen ein. 118 Frauen gerieten durch die Misshandlungen in akute Lebensgefahr. Viele Frauen wurden durch Drohungen gegen die Kinder erpresst. Nicht selten wagten sich die Frauen ins Frauenhaus, nachdem sie unter den Misshandlungen jahrelang gelitten hatten.

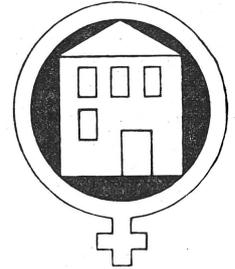
Und in der Schweiz?

Auch in der Schweiz werden Frauen geschlagen, wie die Tatsachenberichte «Weggehen ist nicht einfach» von Marianne Pletscher eindrücklich beweisen. Aber in der Schweiz gibt es (noch) kein Frauenhaus – Initiativen sind jedoch in verschiedenen Städten im Tun. In Zürich, wo die Sache am weitesten gelaufen ist, soll noch diesen Frühling dem Kanton und der Stadt ein sorgfältig ausgearbeitetes Projekt vorgelegt werden. Das Frauenhaus wird von Stadt/Kanton und privaten Organisationen gemeinsam finanziert werden – sofern die mehrheitlich männliche Regierung sich einverstanden erklärt.

Beratungsstelle Zürich

Die Zeit für die Realisierung der Frauenhausprojekte drängt, vielleicht nicht so sehr die Politiker und Beamten in ihren Amtsstuben, um so mehr aber all

die Frauen, die in ihren Stuben bedrängt, geschlagen, misshandelt werden. In Zürich, Lavaterstr. 4, 8002 Zürich, ist jeden Mittwoch von 15 bis 19 Uhr eine Beratungsstelle für misshandelte Frauen geöffnet (Tel. 01/202 81 30). Da können sich die Frauen aussprechen, Rat und ein bisschen Mut holen.



Diese Stelle ist wichtig, genügt aber nicht – wie die Beratungsstelle-Frauen selbst sagen: Es braucht Notunterkünfte, die Frauen müssen da sofort bleiben können. Unterstützung für das Frauenhaus Zürich: Verein zum Schutz misshandelter Frauen, Postfach 589, 8026 Zürich, PC 80-46604.

* Marianne Pletscher: «Weggehen ist nicht so einfach». Gewalt gegen Frauen in der Schweiz. Gespräche und Informationen. 108 S., 10 Franken, Rote Welle, Limmattalverlag.



SSR-Frühlingsreisen advertisement with travel details for Egypt, Nepal, and other destinations, including prices and contact information.

Kurs für Improvisation und Pantomime advertisement, including dates, location, and contact details.

DER FERIENHIT! SONDERANGEBOT FÜR STUDENTEN advertisement for MANPOWER travel agency.

M-O-S Offiziersuniformen nach Mass advertisement for uniform factory F. Müller.

Bioenergetik Aufbaukurs advertisement for a systematic introduction to bioenergetics.

Verreisen! Aber nicht allein. Mit einem Gratis-Insert in der Rubrik «Reis mit...» findet auch der Verschrombste schnell einen Reisepartner.

Soeben erschienen: So g'ing die «National-Zeitung» kaputt advertisement for a book about the Swiss press.

Erfahrene Korrektorin/Sekretärin redigiert, korrigiert und stellt. Reinschriften und druckfertige Offsetvorlagen her (IBM-Kugelkopf) von Dissertationen, Publikationen, Manuskripten usw.

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen advertisement for Gysin, including contact information.

Vor der Eröffnung des dritten Russell-Tribunals

Die BRD-Demokratie auf demokratischem Prüfstand

von Lydia Trüb

Nach dem ersten Russell-Tribunal über Kriegsverbrechen in Vietnam, dem zweiten Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika (u. a. Chile) wird das dritte internationale Tribunal die Situation der Menschenrechte in der BRD untersuchen. Dass es hier nicht immer zum besten bestellt ist, hat sich auch bei uns spätestens im Zusammenhang mit der

Diskussion um die massenhaften Berufsverbote herumgesprochen. Nicht zu vergessen die allenthalben geschürte Hetzjagd nach den «Terroristen» und «Sympathisanten». Der folgende Artikel orientiert über die Absichten und die Arbeitsweise des Tribunals sowie über die massiven Anfeindungen, denen die Veranstalter dieses demokratischen Forums ausgesetzt sind. Red.

Das Russell-Tribunal ist eine von der Russell Peace Foundation in London eingesetzte Jury, der ca. 25 Personen – die meisten aus den EG-Staaten – angehören: Politiker, Juristen, Geisteswissenschaftler, alle von hohem internationalem Ansehen. Für jeden Untersuchungsgegenstand wird dieses Gremium neu zusammengesetzt. Die Jury des dritten Russell-Tribunals besteht aus ausschliesslich aus Nicht-Deutschen. Ihr steht ein nicht stimmberechtigter deutscher Beirat zur Seite. Die gesamte Arbeit wird vom Sekretariat in Berlin geleistet. Die Sitzungen des Tribunals sind öffentlich, die Resultate werden publiziert, so dass jeder selbst nachvollziehen kann, wie das Urteil zustande gekommen ist. Das Tribunal wird die folgenden Fragenkomplexe untersuchen:

- Wird Bürgern der BRD aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verweigert, ihren Beruf auszuüben? (Anhand von 10 bis 12 exemplarischen Fällen, 1. Sitzungsperiode, 28. 3.–5. 4. 78.)
- Wird durch straf- und zivilrechtliche Bestimmungen und durch ausserrechtliche Massnahmen Zensur ausgeübt? (2. Sitzungsperiode, Herbst 1978.)
- Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert? (ebenfalls 2. Periode.)

Grundlage der Beurteilung sind die Verfassung der BRD und die Menschenrechtserklärungen.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung Gratis-Reisepartnersuche



Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand; kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert einbinden an «das konzept», Reis mit, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Fluchmarkt».)

Suche Reisepartner für Mittel u. Südamerika mit offener, freizeithilflicher Dauer- oder Monats-Start Sommer oder Frühling 79. Inge, Tel. (01) 780 57 89.

Wer kommt mit mir (34/85) Ende Sommer/Anfang Herbst nach Südosteuropa (Griechenland, Türkei) für zwei Wochen? Genaues Datum und Reiseziel können wir gemeinsam festlegen. Rust Emil, Rütliweg 104, 3072 Ostermünchen, Tel. Büro: (031) 44 88 88.

20-jähriger sucht für Sommer 1978 (Juli bis Sept.) 16- bis 20-tägiger Reisepartnerin, die Lust hat, durch Europa zu trampeln. Jussig Roland, Waldstr. 1, 9100 Herten AR.

Bin 25, männl. und will die Welt umreisen. Suche Partnerin mit Humor, Ideen und genug eigenem Bisskapital, um mindestens ein Jahr auf einfache Art zu trampeln. Start Sommer/Herbst 1978. Heinz Notter, Bernerweg 13, 6003 Luzern, (041) 22 07 67.

Wer fährt mit? Mit Bus, Bahn, Lkw nach Nepal. Mai-Anfang August, im Lehrer ohne Stelle, 27 Jahre, habe schon ein, Abenteuerreise hinter mir. Jochen Zenger, Udenstr. 28, D-2160 Stade.

Welches unternehmungslustige Mädchen möchte mit mir (25, 172) eine kitzige Spurensuche (Bisskapital) unternehmen? Gemeinsame Reisevorbereitung! Erwin Hahnen, 3099 Oberbühl BE.

Ich, 25/188, männlich, schlank, sportlicher Typ, suche jungen, gutaussehenden Boy zum gemeinsamen Verbringen der Frühlinge- oder Sommerferien. Wbg. vorhanden zu Bonn und Neapel, direkt am Meer. Zuschriften mit Bild an Postfach 1518, 3018 Bremen.

1-2 Wochen nach Cap d'Al (Sommerferien) Sie/er sollte ein bisschen Unternehmungslust besitzen und 18-21 Jahre alt sein. Brief mit Photo an: Andrea Ritz, Schattweg 59, 3098 Köniz BE.

Unternehmungslustiger Boy, 19/188, sportlicher Typ, sucht vielseitig interessierte Reisepartnerin für abenteuerliche Frühlinge- oder Sommerferien mit dem SSR. Daniel Rosier, Daxelhofstr. 28a, 3012 Bern, Tel. G. (031) 24 43 35, F. (031) 24 37 10.

Jeune femme, 26 ans, intellectuelle, cherche compagne ou compagnon de course pour aller marcher quelques jours en montagne (ou plus) à l'époque de Pléiades (Trocane, Tessin, Bases-Alpes (Fr), Pyrénées...), Richter, 20, Blauvial, 1207 Genève.

Wer kommt mit mir (25/81j) für 2 Monate nach Indien? (Flugzeug) Zeitpunkt: Dez./Jan. 78/79. Peter Franz Xavier, Fühliwäldstr. 3, 6015 Beznau.

Suche Wander- u. Reisepartner (bis 28jährl.) für Sommer, Kurt Kauer, Postfach, 4019 Basel.

UR: Ich (Urrerin, 21jährl.) suche für die Monat Auguste e Reiseteilgeber nach Griechenland (Inter-Rail). Wann Zyt und Lustig hässch – mald Dich doch einisch. Telefon: 47 99 50 (Mo-Fr 08.30-17.30).

Welches nette Mädchen kommt mit mir (27/72) auf die SSR-Reise Rom-Latium von 1. 4. bis 8. 4. 78 (in der Frühlingszeit beschriebener)? Marcel Käser, Lehmannstr. 116, 4052 Basel.

Marokko. Suche Begleiter(in) für Reise vom 1. 4. bis 22. 4. 78 nach Marrakech und Agades. Rudi Kurrer (28), Buggenstr. 27, 5116 Schinznach Bad, (056) 43 23 15 oder (062) 21 09 59.

Suche 1-3 Reisepartner(innen) im Alter von 16 bis 20 Jahren. Mein bevorzugtes Reiseziel ist Griechenland, lass mich aber evtl. noch umplätzen. Möchte im liebsten per Zug reisen. Mayr Krell, Landstr. 116, 5322 Koblenz.

Wer begleitet mich auf meiner 1- bis 21-tägigen Nord-, Mittel-, Südamerikareise? Start Herbst 78. Bin weiblich, 26 Jahre. Alle Weitere mündlich. Conny, Tel. (01) 242 16 81.

Der rote Faden der Menschenrechtsverletzung

Vor der Untersuchung der drei Fragenkomplexe sollen dem Tribunal Gutachten vorgelegt werden, welche die Geschichte der Justiz sowie die Geschichte und Tradition der politischen Auseinandersetzung seitens des Staates (in der BRD) behandeln. Herausgearbeitet werden soll jener rote Faden, der sämtliche den drei Fragen ansprochene Bereiche möglicher Menschenrechtsverletzungen durchzieht und zusammenhält – nämlich:

- die Verrechtlichung der Entrechtung, indem stets neue Gesetze die vorher praktizierten Rechtsverstöße legalisieren
- die Ausdehnung des Staatsschutzes – und damit der politischen Verfolgung – in den Bereich von politischen Anschuldigungen und Ausserungen, verbunden mit dem Ausbau eines entsprechenden Überwachungsapparates und der Schaffung einer Atmosphäre von Einschüchterung und Selbstzensur (etwa durch die Verknüpfung von schwerwiegenden rechtlichen Folgen mit rechtlich nicht fassbaren und nicht berechenbaren Begriffen wie «freiheitlich demokratische Grundordnung», «Sympathisant» usw.)
- die zunehmende Verpflichtung auf den Staat (nicht etwa auf die Verfassung) durch Forderung nach Bekenntnissen und Sprachregelungen. (So heisst es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Berufsverboden vom 27. Juli 1975 z. B.: «Die politische Treupflicht fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Betreffenden insbesondere, dass er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanzieret, die diesen Staat ... bekämpfen und diffamieren.») Damit verbunden ist die Kriminalisierung aller anderen politischen Positionen, selbst schon die des politischen Nonkonformismus.

sell-Tribunal mit den bewährten Bürger-schreck-Argumenten «Terrorismus» und «Sympathisantentum» auf Vorschuss zu erledigen: «Auch andere das Tribunal unterstützende Gruppen, die sich zumindest verbal von terroristischen Gewaltakten distanzieren, tragen durch ihre verzerrte, die Wirklichkeit grob entstellende Darstellung der Verhältnisse in unserem Land dazu bei, ein geistig-politisches Klima zu schaffen, das terroristischen Gewaltakten Vorschub leistet.»

Bemerkenswertes über die Wirkungsweise bundesrepublikanischer Aufklärungsarbeit von oben ist am Schluss der Stellungnahme nachzulesen. Da heisst es: «Die Bundesregierung geht davon aus, dass nicht zuletzt dank ihrer Aufklärungsarbeit das Tribunal von der Bevölkerung als ein von mangelnder Tatsachenkenntnis oder von bewusster Falschdarstellung getragener Versuch durchschaut wird, die Bundesrepublik herabzusetzen.»

Erdrückende Machtverhältnisse im Wallis am «Fall» Niklaus

«Stillhalten oder auswandern»

Von Frank Garbelly

Das Wallis ist um einen Skandal reicher. Der Staatsrat lehnte – aus politischen Gründen – die Anstellung des bestausgewiesenen Psychologen S. Niklaus ab. Sein Fehl: S. Niklaus ist aktives Mitglied des Kritischen Oberwallis (KO), einer Linksbewegung, die oft mit der SP Wallis gemeinsame Sache macht. Jetzt läuft eine Unterschriftensammlung für Niklaus – Anlass für erneute Repressionsversuche des CVP-CSP-Blocks.

Seit über einem Jahr sucht die psychiatrische Kinderklinik «La Castalie» in Monthey einen Psychologen, der geistesbehinderte Kinder mit deutscher Muttersprache betreut. S. Niklaus, der vor Jahresfrist an der Universität Freiburg sein Studium mit einem Lizientiat in Psychologie abschloss, bewarb sich als einziger für diese Halbtagsstelle. Die Klinikdirektion empfahl dem Staatsrat die Wahl. Was normalerweise eine Routineangelegenheit ist, wurde zum handfesten Skandal. Wie sich später herausstellen sollte, wusste Staatsrat Bander – zuständig Departementschef und einziges Nicht-CVP-Regierungsmittglied – nichts von der Abweisung.

Die KO-Mitgliedschaft des Bewerbers genützte dem «Walliser Volksfreund» und dem rechtsradikalen Blatt «Nouvelles». S. Niklaus zum linksextremen Wühler und Staatsverächter zu stempeln, der die «Grundauffassung zu Staat, Kirche und Erziehung mit der Mehrheit der Oberwalliser Bevölkerung nicht teilt.» Für diese Presse war das bereits Grund genug, in S. Niklaus einen unangehörigen Terroristen zu vermuten.

Der «Walliser Bote» hielt sich nicht ungescholten aus der Hetzkampagne heraus. Auf eine ausführliche Darstellung des Falles Niklaus hin, in der der staatsrätliche Entscheid missbilligt wurde, gab es Stunk, P. Biderbost, CVP-Nationalrat und Verwaltungsrat dieser Zeitung, intervenierte. Er bezichtigte die Redaktion der Unverantwortlichkeit, da sie sich erlaube, den Staatsrat zu kritisieren, aber kritische Informationen der «Ultralinken» veröffentlichte. E. Kronig, Bankdirektor und Vizepräsident der Stadtgemeinde Brig, drohte gar mit einer Kampagne «Bestell den Walliser Botten ab».

Während die Stelle in Monthey weiterhin unbesetzt bleibt, stempelt der ausge-ladene Psychologe und sucht weiterhin Arbeit. Im Wallis wohl vergeblich. S. Niklaus: «Mir bleibt nichts anderes, als auszuwandern, denn im Wallis gibt es für Psychologen nur Staatsstellen.»

Die Verketzerung des Tribunals

Die beiden ersten Russell-Tribunale haben sich in ihrem Verfahren als auch in ihrem Urteil Sachlichkeit bewiesen und durch worldweite Anerkennung gefunden. Die gleiche Absicht steht auch hinter dem dritten Tribunal. Aussagen wie diejenigen Erhard Eplers («Wer in einer Welt, in der die Föller in vielen Ländern überhandnimmt, die Bundesrepublik als einzige in ihrem Verfahren... oder halbfaschistischen Militärdiktaturen stellen will, kann nur in seiner Böswilligkeit ernst genommen werden») beruhen entweder auf Unwissenheit, oder sie wollen das Unternehmen bewusst verketzern. Denn die Initiatoren des Russell-Tribunals haben bereits im Sommer unmissverständlich erklärt, dass die politischen Verhältnisse in der BRD nicht mit Vietnam oder mit Chile gleichgesetzt werden. Ausdrücklich wurde festgehalten, dass sich das Tribunal erstmals den Problemen einer Demokratie zuwenden und damit die Augen nicht abwenden werde.

Aus ähnlichen Gründen wie Epler erklärte auch SPD-Bundesvorsitzender Willy Brandt die Initiatoren des Tribunals in der BRD für nicht erwünscht. Der SPD-Vorstand forderte im Oktober seine Mitglieder einstimmig dazu auf, dem Tribunal jegliche Unterstützung zu verweigern. Zu einer aussergewöhnlichen Massnahme griff DGB-Präsident Oskar Vetter: Er warnte in einem persönlichen Brief an jedes einzelne der über 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vor einer Unterstützung des Russell-Tribunals.

Die Jusos (Jungsozialisten) haben ihre Unterstützung bisher nicht zurückgezogen, sondern wie die namhaften Unterstützer aus den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Reihen. Im Gegenteil: Nach Berichten des Sekretariats haben die Unterstützungsaktivitäten in der jüngsten Vergangenheit sichtlich zugenommen. Einzig die Jungdemokraten (Jugendorganisation der FDP) mussten ihre Unterstützung auf Druck der FDP zurückziehen – mit der bemerkenswerten Begründung: andernfalls sei wegen der in der BRD bestehenden politischen Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet.

Kein Raum für Demokratie-Kritik

Schon diese Stellungnahmen zeigen, wie klein der Spielraum der Kritik an der bundesrepublikanischen Demokratie bereits geworden ist. Das Gegenteil von dem «Mehr Demokratie wagen», das Willi Brandt zu Beginn seiner Regierungszeit proklamiert hat, ist eingetreten.

Noch schärfere Töne wehen von der Regierungspitze: Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU zum Russell-Tribunal, die von Bundesinnenminister Maihofer im Bundesrat vorgelesen wurde, sucht das Rus-

sell-Tribunal mit den bewährten Bürger-schreck-Argumenten «Terrorismus» und «Sympathisantentum» auf Vorschuss zu erledigen: «Auch andere das Tribunal unterstützende Gruppen, die sich zumindest verbal von terroristischen Gewaltakten distanzieren, tragen durch ihre verzerrte, die Wirklichkeit grob entstellende Darstellung der Verhältnisse in unserem Land dazu bei, ein geistig-politisches Klima zu schaffen, das terroristischen Gewaltakten Vorschub leistet.»

Bemerkenswertes über die Wirkungsweise bundesrepublikanischer Aufklärungsarbeit von oben ist am Schluss der Stellungnahme nachzulesen. Da heisst es: «Die Bundesregierung geht davon aus, dass nicht zuletzt dank ihrer Aufklärungsarbeit das Tribunal von der Bevölkerung als ein von mangelnder Tatsachenkenntnis oder von bewusster Falschdarstellung getragener Versuch durchschaut wird, die Bundesrepublik herabzusetzen.»

Erdrückende Machtverhältnisse im Wallis am «Fall» Niklaus

«Stillhalten oder auswandern»

Von Frank Garbelly

Das Wallis ist um einen Skandal reicher. Der Staatsrat lehnte – aus politischen Gründen – die Anstellung des bestausgewiesenen Psychologen S. Niklaus ab. Sein Fehl: S. Niklaus ist aktives Mitglied des Kritischen Oberwallis (KO), einer Linksbewegung, die oft mit der SP Wallis gemeinsame Sache macht. Jetzt läuft eine Unterschriftensammlung für Niklaus – Anlass für erneute Repressionsversuche des CVP-CSP-Blocks.

Seit über einem Jahr sucht die psychiatrische Kinderklinik «La Castalie» in Monthey einen Psychologen, der geistesbehinderte Kinder mit deutscher Muttersprache betreut. S. Niklaus, der vor Jahresfrist an der Universität Freiburg sein Studium mit einem Lizientiat in Psychologie abschloss, bewarb sich als einziger für diese Halbtagsstelle. Die Klinikdirektion empfahl dem Staatsrat die Wahl. Was normalerweise eine Routineangelegenheit ist, wurde zum handfesten Skandal. Wie sich später herausstellen sollte, wusste Staatsrat Bander – zuständig Departementschef und einziges Nicht-CVP-Regierungsmittglied – nichts von der Abweisung.

Die KO-Mitgliedschaft des Bewerbers genützte dem «Walliser Volksfreund» und dem rechtsradikalen Blatt «Nouvelles». S. Niklaus zum linksextremen Wühler und Staatsverächter zu stempeln, der die «Grundauffassung zu Staat, Kirche und Erziehung mit der Mehrheit der Oberwalliser Bevölkerung nicht teilt.» Für diese Presse war das bereits Grund genug, in S. Niklaus einen unangehörigen Terroristen zu vermuten.

Der «Walliser Bote» hielt sich nicht ungescholten aus der Hetzkampagne heraus. Auf eine ausführliche Darstellung des Falles Niklaus hin, in der der staatsrätliche Entscheid missbilligt wurde, gab es Stunk, P. Biderbost, CVP-Nationalrat und Verwaltungsrat dieser Zeitung, intervenierte. Er bezichtigte die Redaktion der Unverantwortlichkeit, da sie sich erlaube, den Staatsrat zu kritisieren, aber kritische Informationen der «Ultralinken» veröffentlichte. E. Kronig, Bankdirektor und Vizepräsident der Stadtgemeinde Brig, drohte gar mit einer Kampagne «Bestell den Walliser Botten ab».

Während die Stelle in Monthey weiterhin unbesetzt bleibt, stempelt der ausge-ladene Psychologe und sucht weiterhin Arbeit. Im Wallis wohl vergeblich. S. Niklaus: «Mir bleibt nichts anderes, als auszuwandern, denn im Wallis gibt es für Psychologen nur Staatsstellen.»

Erdrückende Machtverhältnisse im Wallis am «Fall» Niklaus

«Stillhalten oder auswandern»

Von Frank Garbelly

Das Wallis ist um einen Skandal reicher. Der Staatsrat lehnte – aus politischen Gründen – die Anstellung des bestausgewiesenen Psychologen S. Niklaus ab. Sein Fehl: S. Niklaus ist aktives Mitglied des Kritischen Oberwallis (KO), einer Linksbewegung, die oft mit der SP Wallis gemeinsame Sache macht. Jetzt läuft eine Unterschriftensammlung für Niklaus – Anlass für erneute Repressionsversuche des CVP-CSP-Blocks.

Seit über einem Jahr sucht die psychiatrische Kinderklinik «La Castalie» in Monthey einen Psychologen, der geistesbehinderte Kinder mit deutscher Muttersprache betreut. S. Niklaus, der vor Jahresfrist an der Universität Freiburg sein Studium mit einem Lizientiat in Psychologie abschloss, bewarb sich als einziger für diese Halbtagsstelle. Die Klinikdirektion empfahl dem Staatsrat die Wahl. Was normalerweise eine Routineangelegenheit ist, wurde zum handfesten Skandal. Wie sich später herausstellen sollte, wusste Staatsrat Bander – zuständig Departementschef und einziges Nicht-CVP-Regierungsmittglied – nichts von der Abweisung.

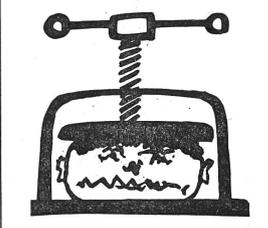
Die KO-Mitgliedschaft des Bewerbers genützte dem «Walliser Volksfreund» und dem rechtsradikalen Blatt «Nouvelles». S. Niklaus zum linksextremen Wühler und Staatsverächter zu stempeln, der die «Grundauffassung zu Staat, Kirche und Erziehung mit der Mehrheit der Oberwalliser Bevölkerung nicht teilt.» Für diese Presse war das bereits Grund genug, in S. Niklaus einen unangehörigen Terroristen zu vermuten.

Der «Walliser Bote» hielt sich nicht ungescholten aus der Hetzkampagne heraus. Auf eine ausführliche Darstellung des Falles Niklaus hin, in der der staatsrätliche Entscheid missbilligt wurde, gab es Stunk, P. Biderbost, CVP-Nationalrat und Verwaltungsrat dieser Zeitung, intervenierte. Er bezichtigte die Redaktion der Unverantwortlichkeit, da sie sich erlaube, den Staatsrat zu kritisieren, aber kritische Informationen der «Ultralinken» veröffentlichte. E. Kronig, Bankdirektor und Vizepräsident der Stadtgemeinde Brig, drohte gar mit einer Kampagne «Bestell den Walliser Botten ab».

Während die Stelle in Monthey weiterhin unbesetzt bleibt, stempelt der ausge-ladene Psychologe und sucht weiterhin Arbeit. Im Wallis wohl vergeblich. S. Niklaus: «Mir bleibt nichts anderes, als auszuwandern, denn im Wallis gibt es für Psychologen nur Staatsstellen.»

Das «Kritische Oberwallis» lanciert Unterstützungspetition

Das «Kritische Oberwallis» KO lancierte für seinen früheren Abgeordneten im Kantonsparlament eine Petition. Sie wurde innerhalb weniger Wochen von über 6200 Personen unterzeichnet. Dies,



obwohl laut KO vor allem Staatsbeamte und Lehrer wegen drohender Repression auf die öffentliche Nennung ihres Namens verzichtet haben. Die Petition wurde von 58 Nationalrätern (41 SP, 5 PdA/PSA, 3 LdU, 7 FdP, 2 Lib.) unterzeichnet, allerdings von keinem CVP-Vertreter: vier der fünf Walliser Staatsräte gehören der CVP an.

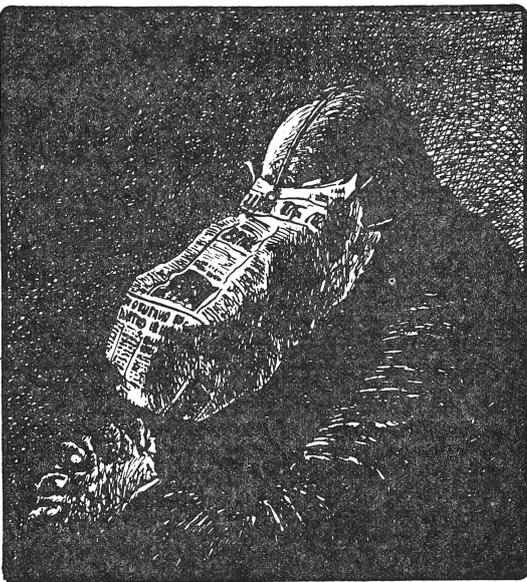
Zu den Unterzeichnern zählen auch 25 Professoren, die an Schweizer Universitäten Psychologie und verwandte Fächer unterrichten.

Arge Hetzkampagne

Der Fall Niklaus löste im Wallis einen riesigen Wirbel aus. Das Leitblatt der Christlichsozialen Partei des Oberwallis, der «Walliser Volksfreund», suchte mit Drohungen die Unterschriftensammlung zu verhindern: «Wir werden die Unterschriften publizieren, damit jedermann kontrollieren kann, wer in diesem Fall für S. Niklaus und gegen den Staatsrat seine Unterschrift hergab.»

Das KO wird diese Veröffentlichung jedoch unterlaufen. Die Unterschriften werden bei einem neutralen Notar hinterlegt.

Tatsächlich traf es zu – so ein Unterschriftensammler zum «konzept» –, dass Leute aus Angst nicht unterschrieben: «Ich bin Staatsangestellter und kann nicht unterschreiben. Macht aber nur weiter!»



Die Meinungsfreiheit ist gewährleistet (Zeichnung: Marial Leiter)

Erdrückende Machtverhältnisse im Wallis am «Fall» Niklaus

«Stillhalten oder auswandern»

Von Frank Garbelly

Das Wallis ist um einen Skandal reicher. Der Staatsrat lehnte – aus politischen Gründen – die Anstellung des bestausgewiesenen Psychologen S. Niklaus ab. Sein Fehl: S. Niklaus ist aktives Mitglied des Kritischen Oberwallis (KO), einer Linksbewegung, die oft mit der SP Wallis gemeinsame Sache macht. Jetzt läuft eine Unterschriftensammlung für Niklaus – Anlass für erneute Repressionsversuche des CVP-CSP-Blocks.

Seit über einem Jahr sucht die psychiatrische Kinderklinik «La Castalie» in Monthey einen Psychologen, der geistesbehinderte Kinder mit deutscher Muttersprache betreut. S. Niklaus, der vor Jahresfrist an der Universität Freiburg sein Studium mit einem Lizientiat in Psychologie abschloss, bewarb sich als einziger für diese Halbtagsstelle. Die Klinikdirektion empfahl dem Staatsrat die Wahl. Was normalerweise eine Routineangelegenheit ist, wurde zum handfesten Skandal. Wie sich später herausstellen sollte, wusste Staatsrat Bander – zuständig Departementschef und einziges Nicht-CVP-Regierungsmittglied – nichts von der Abweisung.

Die KO-Mitgliedschaft des Bewerbers genützte dem «Walliser Volksfreund» und dem rechtsradikalen Blatt «Nouvelles». S. Niklaus zum linksextremen Wühler und Staatsverächter zu stempeln, der die «Grundauffassung zu Staat, Kirche und Erziehung mit der Mehrheit der Oberwalliser Bevölkerung nicht teilt.» Für diese Presse war das bereits Grund genug, in S. Niklaus einen unangehörigen Terroristen zu vermuten.

Der «Walliser Bote» hielt sich nicht ungescholten aus der Hetzkampagne heraus. Auf eine ausführliche Darstellung des Falles Niklaus hin, in der der staatsrätliche Entscheid missbilligt wurde, gab es Stunk, P. Biderbost, CVP-Nationalrat und Verwaltungsrat dieser Zeitung, intervenierte. Er bezichtigte die Redaktion der Unverantwortlichkeit, da sie sich erlaube, den Staatsrat zu kritisieren, aber kritische Informationen der «Ultralinken» veröffentlichte. E. Kronig, Bankdirektor und Vizepräsident der Stadtgemeinde Brig, drohte gar mit einer Kampagne «Bestell den Walliser Botten ab».

Während die Stelle in Monthey weiterhin unbesetzt bleibt, stempelt der ausge-ladene Psychologe und sucht weiterhin Arbeit. Im Wallis wohl vergeblich. S. Niklaus: «Mir bleibt nichts anderes, als auszuwandern, denn im Wallis gibt es für Psychologen nur Staatsstellen.»

Das Land, wo die Skandale blühen . . .

. . . nennt die «Rote Anleihe», regionaler Alternativzeitung des Kritischen Oberwallis, bei den (meist prominenten) Namen. Sei es der Savro-Skandal, die skandalösen Bodenkäufe der Staatsräte, das Berufsverbot gegen S. Niklaus – die regionale Alternativzeitung (8x jährlich) «Rote Anleihe» hält Sie auf dem laufenden.

Bestellen können Sie die «Rote Anleihe» bei: *Kritisches Oberwallis, Postfach 41, 3904 Naters.*

Die Einzelnummer kostet 1 Fr.

Falls Sie direkte Informationen brauchen (oder haben!), rufen Sie doch an: *Montag und Freitag 16-19 Uhr, Telefon (028) 3 63 89.*

Kanton sei und deshalb auf einer katholischen Erziehung bestehen müsse.

Stillhalten oder auswandern

Selten setzen sich die Betroffenen offen für die Wehr, selten auch sind die Gründe und Motive ihrer Nichtanstellung oder Entlassung derart deutlich wie im Fall Niklaus. Die Liste von Aussperrungen könnte beträchtlich erweitert werden. Aus Angst vor Rufmord und in Sorge, überhaupt keine Stelle mehr zu finden, weigern sich Betroffene meist, öffentlich zu protestieren. Stillhalten oder auswandern heisst die Alternative.

Uns sind eine Reihe von Fällen bekannt, in denen Lehrkräfte nicht eingestellt wurden:

- weil sie nicht kirchlich heirateten,
- weil Geschwister oder Bekannte politisch aktiv sind,
- weil sie den Militärdienst verweigerten usw. usw.

Mancherorts hat sich der Brauch eingebürgert, die Stellenausschreibung zu umgehen, in dem feste Stellen in Ersatzstellen verwandelt werden. Ersatzstellen müssen nicht ausgeschrieben werden. Das Lonza-Dorf Visp hat kürzlich geschlossen, Lehrer nur noch einzustellen, wenn sie am Ort Wohnsitze nehmen und aktiv in den örtlichen Vereinen mitwirken.

Wenn es gilt, das Nest konservativ und katholisch zu halten, kümmern sich die Walliser Behörden einen Dreck um Qualifikation und Vorschriften. Rund ein Viertel der Lehrkräfte in den Sekundarschulen des Oberwallis unterrichtet ohne das vorgeschriebene Diplom.

Achtung: Alle Gründe gegen das Abonnieren des «konzept» ab sofort ungültig!

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)

- April 1978 bis Dezember 1978 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.)
- Unterschriftenabonnement (doppelter Betrag)
- Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen: Adresse für Rechnung auf Zeitungsrund)

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Beruf: _____ Datum: _____

Talon einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/als Probennummer/als Koop/lauf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort (* Zutreffendes unterstreichen):

Schicken Sie bitte eine Gratisprobennummer an folgend(n) Bekannte(n): _____ dk 78/3

Das Land des Generals

Fortsetzung von Seite 7

Nalo schwieg, nahm seine Brille ab, zog ein Nasuch heraus und wischte sich die Stirn.

«Ich werde das Risiko auf mich nehmen, Rokhia, gehen wir Souley im Krankenhaus besuchen.»

Der Chef-Wachmeister öffnete die Türe des kleinen Zimmers. Souley schlief, den Arm im Gips, einen dicken Verband um die Brust.

Rokhia und Nalo betrachteten ihn lange. Sie weckten ihn nicht auf. Sie schlossen die Türe, drehten sich um und traten auf den Hof des Spitals.

«Ja, Rokhia, meinte Nalo, die Menschenrechte verschwinden auf der südlichen Hemisphäre, und dies nicht einmal aus Notwendigkeit für die Entwicklung. Einige Länder auf der nördlichen Hemisphäre haben den Weg des Wachstums um jeden Preis begangen. ... Sie verknüpfen sich, Rokhia, und ihr Zielzeug ist der Mensch. Weisst du, was sie sagen? Wir haben Uran, Erdöl, einen Sitz in der Uno, in der OAU. Die Grossen sind gezwungen, mit uns rechnen zu können. Dass die Intellektuellen in den Zeitungen gegen uns schreiben - sollen sie doch! Wenn wir zehntausend Menschen erschossen, werden uns unsere afrikanischen Nachbarn immer noch brüderlich empfangen, und unsere Beziehung in der Zusammenarbeit mit den Grossen leidet keineswegs darunter. Sarre und Simone de Beauvoir sollen schreien. ... Was können sie ausserdem Rokhia, es gibt einen Staat, von dem Marx nicht gesprochen hat: den Landstreicher-Staat; du wirst Gelegenheit haben, zu erfahren, was das ist ...»

Aus dem Spital zurückgekehrt, fand Rokhia ihre Familie im Hof versammelt, alle unter dem Baum, unter dem ihr Vater seine Freunde zu empfangen pflegte. Die Mit-Gattinnen ihrer Mutter, eine ihrer Tanten und ihr Cousin Sima waren anwesend.

Der Vater, die Gebetschnur in den Händen, ging auf und ab. Rokhia grüsst. Keiner antwortete. Sie grüsstest nochmals ... Stille.

«Warum grüsst du uns? donnerte Sima. Wo warst du? Was hast du gemacht?»

Rokhia, einen Moment bestürzt, kam wieder zu sich und drehte sich gegen Sima.

«Warum diese Fragen: wo ich war, was ich tat? - Habe ich nicht das Recht, dich zu fragen? - Aber bin ich nicht frei, dorthin zu gehen, wo ich will?»

Sima hob die Arme und schrie: «Hört ihr sie? Hört ihr sie? So antwortet sie ihrer Familie?»

- Nein Sima, ich antworte dir! - Rokhia nälste eine Mit-Gattin ihrer Mutter, der Waise des Handelsministers, unseres Wohltäters, ist zweimal vorbeigekommen, du warst nicht hier.

- Mutter, ich wollte ein wenig spazieren gehen, ist das schlecht? - Sie wird ihre Familie zerstören! don-

nerte Sima. Sie hat es gewagt, ins Spital zu gehen, zu einem Feind unserer Regierung, einem Feind unseres Chefs, einem Feind unseres Wohltäters. Jeder Besuch war verboten, aber Rokhia ist eine Europäerin, sie setzt ihren Kopf durch. Durch ihre Handlung hat sich unsere Familie undankbar gezeigt in den Augen jener, denen wir alles verdanken. Wir werden alle unter den Folgen einer solchen Verurteilung leiden, jeder werden alles verlieren! Meine zwei Lastwagen ... wem verdanke ich sie? Was war ich vorher? Ihr wisst es ... Ihr seid da. Jetzt werde ich die Not kennenlernen, keine Säcke mit Reis oder Maniok, keine Pfennig und keine Kleider mehr für die Feste. Versteht ihr?»

Sima schaute einen nach dem andern an, die Mit-Gattinnen, die Mutter von Rokhia, dann drehte er sich gegen den Vater und schwieg.

«Ich bin mit einem Kollegen gereist, er wurde am Flughafen verhaftet, auf dem Polizeiposten zusammengeschlagen und ins Krankenhaus gebracht ... Ich glaube nicht, etwas Schlechtes getan zu haben, indem ich ihn besuchte.

- Für wen hältst du dich? höhte eine andere Mit-Gattin ihrer Mutter. Nicht mand hat es für nötig befunden, Souley zu besuchen. Du wolltest uns zerstören, du hast es erreicht.

- Nein Mutter, ich wollte niemanden zerstören. Einen Kranken im Spital zu besuchen ist keine strafbare Handlung. Wenn mir dasselbe passiert wäre, dann hätte Souley mich besucht.

- Souley! Souley! kreischte Sima, sie wagt es, seinen Namen auszusprechen, hier, bei uns! Wenn man bedenkt, dass ich die schönste Zukunft vorbereitet hatte: der Handelsdirektor, ein reicher Mann, mächtiger als die meisten Ministere, interessierte sich für Rokhia, ich hatte alles arrangiert, und nun ist alles im Eimer. Er wird nie mehr Vertrauen haben zu mir, ich werde meine Stelle verlieren, meinen Platz neben ihm, und dein Souley wird uns nicht aus der Affäre ziehen.»

Rokhia schwieg. Dann zog sie sich zurück. Ihr Vater kam direkt auf sie zu, steif, mechanisch und schecklich. «Unnötig zu diskutieren, deine Mutter ist in ihrer Hütte, ich habe ihr befohlen, ihre Sachen zu packen. Geht, wohin ihr wollt, ich will euch hier nicht mehr sehen!»

- Aber Vater ... - Rokhia hatte keine Zeit, mehr zu sagen, eine Ohrfeige liess sie verstummen.

Sie entfernte sich, die Hand an der Wange, hielt einen Moment inne, dann trat sie in die Hütte ihrer Mutter.

Die Mutter, das Gepäck bereitgestellt, weinte auf ihrem Bambusbett.

«Nimm mit, was du kannst, murmelte sie, gut für meine Familie, Gott wird entscheiden.»

Im Augenblick, als Rokhia und ihre Mutter den Hof durchquerten, schrie Sima:

«Du wirst nicht mehr Leiterin sein an der Mittelschule! Es kommt nicht in Frage, dass wir unsere Mädchen in die Obhut einer Freundin von Souley gehen. Souley, der sich vor vier Jahren weigerte, für den General zu stimmen! Ich habe den Rapport des Kulturministers unserer Botschaft in Paris gesehen! Souley ist ein Feind unseres Landes. Aber, sei beruhigt, nachdem was er abgekriegt hat, wird er sich bei den nächsten Wahlen der Stimme nicht enthalten.»

Entwicklungsarbeit: Impulse für das Leben in der Schweiz

Ideeller Profit

Der grössere Teil der Entwicklungsarbeit, die aus der Schweiz kommt, wird von privaten Organisationen getragen, vor allem von kirchlichen. Die Frage, nach welchen Gesichtspunkten solche Arbeit zu geschehen habe, wird deshalb von den engagierten Institutionen selber beantwortet. Für die konkrete Arbeit in den betroffenen Gebieten ist aber dieser «ideologische» Hintergrund entscheidend: Wird mit dieser Arbeit eine euphorische Wachstumsideologie exportiert, verstärkt sich der Standard der Industrieländer als Muster selber? Oder gibt es Ansätze, die aus der Entwicklungsarbeit kritische Impulse gewinnen, um die «Normalität» in unseren Industriestaaten zu überprüfen? Wir haben Peter Braunschweig, Beauftragter der Aktion Brot für Brüder, Gelegenheit gegeben, Entwicklungsarbeit unter diesem Gesichtspunkt zu analysieren. Die Red.

Wer behaupten möchte, die Entwicklungsfragen im Ausland Interessierten und Engagierten nützen unsere eigenen Probleme in der Schweiz zu wenig ernst, hat es immer schwerer. Seit Jahren ist deutlich, dass die Beschäftigung mit internationalen Zusammenhängen und vor allem mit der Lage in den Entwicklungsländern unweigerlich zu Rückfragen an die Verhältnisse im eigenen Land führt. Für Versuche, aus unserer Wirklichkeit zu fliehen, ist entwicklungspolitisches Engagement ein untaugliches Vehikel. Viel eher wird Entwicklungshilfe zur Denkhilfe in bezug auf Entwicklungen, die bei uns chief laufen.

Stetes Wachstum ...

Das ist spätestens in den sechziger Jahren offensichtlich geworden. Damals setzte sich in engeren Kreisen die Erkenntnis durch, dass Entwicklungshilfe unwirksam bleibt, wenn nicht gleichzeitig die Handelsbeziehungen zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern im Sinne von mehr Gerechtigkeit neu gestaltet werden. Die Zielvorstellung war noch weitherum unbestritten, dass die Entwicklungsländer möglichst schnell den Anschluss an den Welthandel und damit an umfassende Industrialisierung und Modernisierung finden sollten. Noch war der Glaube an unser eigenes Wachstum kaum in Frage gestellt.

Immerhin fanden in jener Zeit heftige Diskussionen darüber statt, welche Geschwindigkeit des Wachstums angemessen sei. Die einen erwarteten vom schnellen Wachstum bei uns, dass es sich auch rasch auf die Entwicklungsländer auswirke. Andere waren skeptisch und meinten, dass unser Wachstum gerade gebremst werden müsse, damit Entwicklungsländer eine Chance hätten, den Anschluss zu finden.

... in Frage gestellt

Radikaler wurden die Auseinandersetzungen, als die Wachstumsideologie selbst in Frage gestellt wurde. Anstösse dazu erfolgten zunächst vom Club of Rome, der darauf hinwies, dass unbegrenztes Wachstum tendenziell zu einer völligen Erschöpfung aller natürlichen Ressourcen führen müsse. Das Stichwort von den «Grenzen des Wachstums» ist

lungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe statt. Während der Bundesrat in seinem Zusatzbericht zu diesem Gesetz die wirtschaftlichen Eigeninteressen der Schweiz betonte und die Entwicklungshilfe die Aufgabe zwies, «die Aufnahmefähigkeit der Entwicklungsländer für schweizerische Exportgüter und Investitionen erhalten und zu stärken», wurde im Auftrag von 13 schweizerischen Entwicklungsorganisationen und Hilfswerken ein Konzernbericht unter dem Titel «Entwicklungsland Welt - Entwicklungsland Schweiz» publiziert. In diesem Bericht wird die These vertreten, dass die Unterentwicklung in der dritten Welt lediglich die Kehrseite unserer Überentwicklung sei und dass es darum gehe, die weltweite Fehlentwicklung zu erkennen und dagegen anzugehen.

Wer mit dieser These Ernst macht, kommt zur Einsicht, dass unsere forcierte Industrialisierung und aggressive Exportwirtschaft nicht nur den Entwicklungsländern schadet, weil sie dadurch als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte missbraucht werden, sondern auch uns selbst. Denn diese Entwicklung macht uns abhängig von allem, was wir haben, und von der Angst, es zu verlieren. Die technische Zivilisation des Westens macht uns zu Haben-Menschen und versperrt den Zugang zum Sein, zu unserem eigenen Leben.

«Lebensqualität»

Entwicklungspolitisches Engagement lässt deshalb äusserst kritisch werden gegen die Vorherrschaft des Wirtschaftlichen und verhilft zur Einsicht, dass die oft beschworenen wirtschaftlichen Interessen der Schweiz gar nicht identisch sind mit den Erwartungen, Bedürfnissen und Interessen des Grossteils der Bevölkerung. Entwicklungspolitisches Engagement macht aber auch sensibel dafür, dass unsere Technologie nur in seltenen Fällen den Notwendigkeiten in Entwicklungsländern entspricht. Dies wäre nach einer den Bedürfnissen der Menschen in der dritten Welt angepassten Technik hat zur Rückfrage geführt, ob unsere Technik eigentlich uns selbst entspreche, oder ob wir nicht daran seien, uns immer mehr ihr anzupassen.

Allerdings: Der bewusste Verzicht auf eine weitere Forcierung unserer wirt-

Konkrete Projekte

Lebenswichtig in den Tropen: Salz

Ein fruchtbares, doch kein reiches Land, für Fremde kaum zugänglich und im Westen fast unbekannt: die Republik Burma in Südostasien. Mehrjahrespläne der staatssozialistischen Regierung fördern zwar erfolgreich Landwirtschaft, Fischfang und Waldwirtschaft. Aber das Erarbeitete wird vom Staat meist gleich wieder investiert, so dass vor allem die Bauern in äusserst dürftigen Verhältnissen leben müssen. Mit Hilfe eines einheimischen Pfarrers (2% sind Christen) gelang es jetzt einigen Gemeinden, eine gemeinsame Salzgewinnung aus Meerwasser zu planen, die zugleich neue Arbeitsplätze schafft. Als Startkapital für Landerwerb, Dammbau und Pumpen sind 25 000 Franken nötig. Knapp die Hälfte davon wird an Ort und Stelle aufgebracht. An die Restfinanzierung möchte 1978 Brot für Brüder über das HFKK bei dem Ökumenischen Rat 9050 Franken leisten.

Tourismus und Entwicklung

Mehrere hundert Millionen Franken Umsatz im Fernreisegeschäft. Hunderttausende als Touristen in Bangkok oder Nairobi: Hier soll ein beauftragter Fachmann Wege suchen zu verbesserter Schulung der Reiseleiter, zu sachgemäßer Information der Touristen und zu alternativen Reiseangeboten. Getragen wird das (befristete) Projekt von der Arbeitsgemeinschaft «Swissaid/Fastenopler/Brot für Brüder/Helvetas, der Erklärung von Bern und einer Reihe weiterer interessierter Gruppen (z. B. Audiar). Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe unterstützt das Vorhaben finanziell 7500 Fr.

zwischen privat und öffentlich, zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen Politik und Religion. Ihr Vorbild der Ganzheitlichkeit könnte auch für uns zum Anreiz werden, das Leben als Ganzes zu verstehen und zu erleben. Schwarzes Bewusstsein, schwarze Theologie und die Politik der Befreiungsbewegungen in Afrika geben uns ein Beispiel für das Ernstnehmen der eigenen Identität; für den Mut, sich eher auf eigene Einsicht zu verlassen als auf fremde Propaganda. - Entwicklung wird in Lateinamerika verstanden als Befreiung aus dem politischen Abhängigkeit, aber auch aus den viel subtileren Formen kultureller und wirtschaftlicher Unfreiheit.

So kann Entwicklungsarbeit zur Begegnung mit tragfähigen Motiven der Ganzheitlichkeit, der Identitätsfindung und der Befreiung aus dem politischen Impulse für die eigene Bedürfnisklärung und Lebensgestaltung abgeben.

Solches Verständnis von Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik ist anstrengend und unbequem. Es schafft Konflikte und stösst auf Widerstand, den es stellt nicht nur Befreiungswilligen, sondern auch gesellschaftliche Strukturen in Frage. Wer sich auf Entwicklungshilfe einlässt, riskiert, dass Entwicklung wirklich stattfindet: Entwicklung im Sinne von Veränderung, Erneuerung, Wandlung. Verschiedene Hilfswerke (Brot für Brüder, Fastenopler, Swissaid) führen in den kommenden Wochen ihre Jahresaktion durch. Die kirchlichen Hilfswerke tun es bis Ostern, das heisst im Blick auf das Fest des neugewonnenen Lebens. Sie tun es unter dem Thema «eine welt zum leben» und richten damit auch Anfragen an die Kirchen selbst: Sollen die Kirchen «welt zum leben»; wird in ihnen gelebt; sind sie selbst lebendig? Denn auch für die Kirchen gilt: Man kann nicht von Entwicklung reden und sich selbst ängstlich der eigenen Entwicklung verschliessen.

Peter Braunschweig, Beauftragter der Aktion Brot für Brüder (evangelische Landeskirche) für den Kanton Bern

Stopp der Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika

Südafrikas Wirtschaft im internationalen Zusammenhang und die Rolle der Schweiz

Es sprechen:

Ruth First; als aktive Widerstandskämpferin wurde sie gezwungen, aus Südafrika auszuwandern und lebte heute im Exil in England, wo sie aktiv in der Anti-Apartheid-Bewegung tätig ist. R. First ist Mitautorin des Buches «The South African Connection - Western Investment in Apartheid». Sie ist Spezialistin auf dem Gebiet der Verflechtung westlicher Industrieländer mit dem südafrikanischen Regime;

Al Imfeld; Südafrika- und 3.Welt-Kenner, Mitarbeiter des «Informationsdienstes 3. Welt» und des «Gottlieb-Duttweiler-Institutes».

Mittwoch, den 15. März, 20.00 Uhr, Volkshaus Zürich, Weisser Saal.

Unsere Abonnenten sind unsere Stärke. Könnten Sie nicht auch etwas für unsere Stärkung tun? Na also ... Und: besten Dank!

ALZIRE oder der neue Kontinent



ein Film von THOMAS KOERFER mit FRANÇOIS SIMON ROGER JENDLY RÜDIGER VOGLER

- Ein Spiel über die Bitterkeit der Macht - hier wie dort unserer verlorenen Wildheit
- Ein Film über die Sehnsucht nach unserer verlorenen Wildheit
- Ein kunstvoller Widerstreit zwischen Leben und Spiel
- Eine Grotteske über die Herren Rousseau und Voltaire
- Eine Geschichte für Schaulustige!

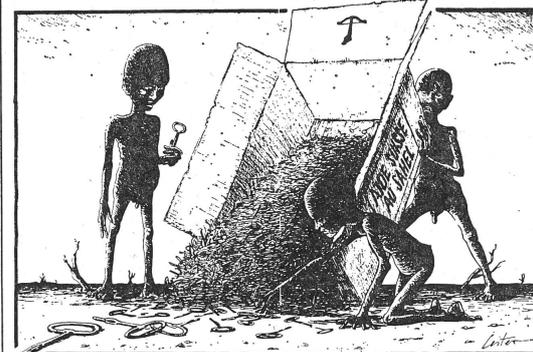
Demnächst im KINO

Spots

Dr. Rudolf Farner, Propagandaspezialist und Oberst, führt Krieg. Wie er vor der jungen Wirtschaftskammer Zürich sagte, befinden wir uns inmitten eines ideologischen Krieges. Es wache eine neue Generation heran, die grossenteils während Jahren von marxistischen Lehrern erzogen, beeinflusst und gebildet worden sei. In aller Stille hätten marxistisch trainierte Experten auf die Auswahl der Stoffe in unseren Schulbüchern Einfluss gewonnen.

F. v. Biddler, Zentralsekretär des Schweiz. Lehrervereins, entgegnete: «Mit dieser unbegründeten Unterstellung wird Farner selbst zum Kriegshetzer. Er verallgemeinert offensichtlich mit Berechnung, damit das Bild des staatsgefährdenden Lehrers, des politischen Jugendverführers vor aller Augen steht. Der Schweiz. Lehrerverein stellt mit aller Entschiedenheit im Namen seiner Mitglieder fest, dass die Darstellung Farners bei jeder tieferen Kenntnis der Schulwirklichkeit ist.»

«Die Behauptungen Dr. Farners sind unzutreffend und missen in aller Form zurückgewiesen werden. Die Zürcher Lehrerschaft sieht auf dem Boden der Demokratie», meint Dr. Helmut Meyer, Präsident der Zürcher kantonalen Schulsynode. «Bei seinen (Farners) Ausführungen handelt es sich um eine diffamierende und wahrheitswidrige Unterstellung, die offenbar in Wirtschaftskreisen eine Pogromstimmung gegenüber der Lehrerschaft entfachen soll.»



Schweizerische Hilfe für die Dürregeplagten im Sahel! (Zeichnung Martial Leier)

für viele zum Signal geworden, dass nicht nur die quantitative, sondern vor allem auch die qualitative Frage gestellt werden muss. Willy Brandt hat in jener Zeit als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland den Begriff der Lebensqualität in die politische Debatte eingeführt. Auch mit dem von Brandt geprägten Begriff der «Weltinnenpolitik» ist angezeit worden, dass sich die Suche nach neuen Konzeptionen und neuen Qualitäten auf die ganze Welt beziehen muss.

Die sogenannte Ölkrise des Winters 1973/74 hat dann die Krisenanfälligkeit unseres Systems vollends deutlich gemacht. Ausgerechnet den vielverachteten Arabern gelang es, die Verletzbarkeit der westlichen Zivilisation, ihrer Technologie und ihres Wirtschaftssystems aufzuzeigen. Dabei war die Verletzung eine doppelte: Nicht nur der unerwartete Rohlmangel wurde zum Problem und führte zu unerwarteten Einschränkungen, sondern die Krise bestand ja auch darin, dass die freie Marktwirtschaft des Westens das verknäppte Öl sofort zum Manipulations- und Spekulationsartikel werden liess und damit die Krise künstlich verschärfte.

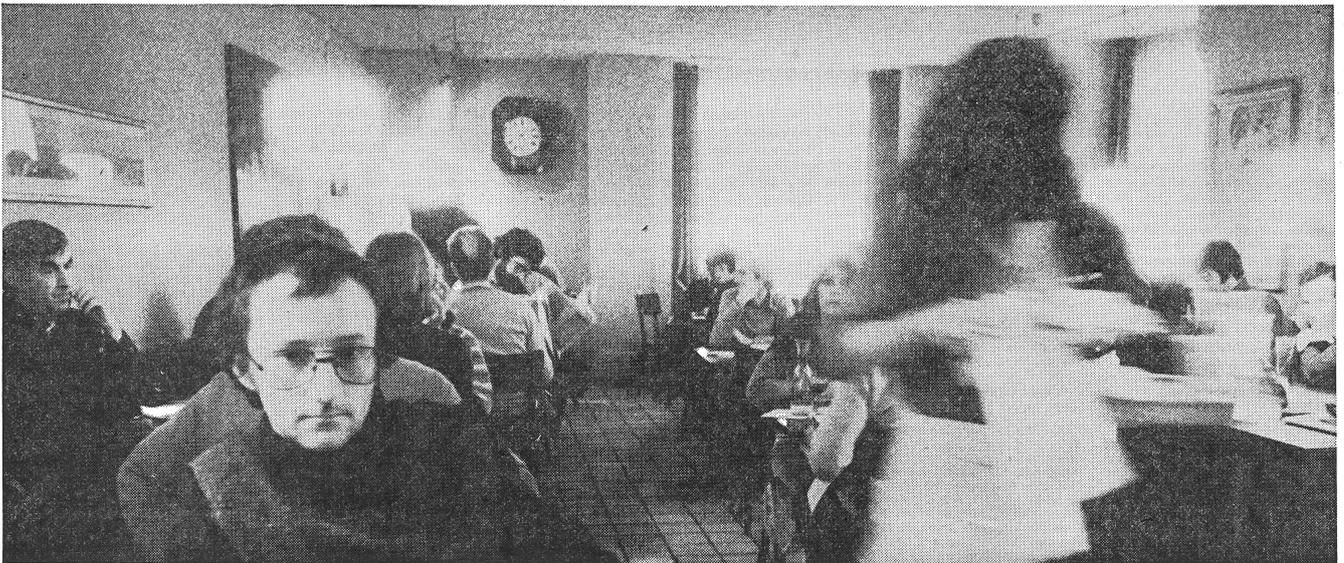
In dieser Zeit fand in der Schweiz die Auseinandersetzung um das Bundesgesetz über die internationale Entwick-

schäftlich-technisch geprägten Entwicklung - soweit eine solche Drosselungsrezeptionsbedingung nicht schon ohnehin erfolgt ist - ruft dringend nach einer gerechteren Verteilung unseres eigenen Bruttosozialprodukts. Denn es wäre verhängnisvoll, wenn Einbussen weiterhin vor allem die zu spüren bekämen, die ohnehin zu den benachteiligten Gruppen unserer Bevölkerung gehören. Auch wäre dann die Chance verpasst, dass eine Redimensionierung unseres wirtschaftlich-technischen Betriebs nicht einfach als quantitative Verlust beklagt würde, sondern als qualitative Neuorientierung verstanden werden könnte. So wird Entwicklungsarbeit zur Herausforderung, mehr soziale Gerechtigkeit bei uns selbst zu verwirklichen.

Angebot neuer Einsichten

Die Begegnung mit der dritten Welt und ihren Problemen ist aber nicht nur Herausforderung, sondern wird zum Angebot neuer Einsichten und Möglichkeiten. Das ganzheitliche Lebensverständnis asiatischer Kulturen kann uns dazu verhelfen, die Zerstückelung unseres Lebens und die Rolle zu erkennen, die wir den Asiaten stehen ratlos vor unserer Manie, ständig die Grenzen zu ziehen

Züri sch es Vergnuege.



Zürich hat jetzt eine Abendzeitung.

Sie erscheint jeden Freitagmorgen.

Sogenannte «Abendzeitungen» erscheinen normalerweise am Abend, berichten aber über das, was am Morgen geschehen ist.

Bei unserer Abendzeitung ist es umgekehrt: Sie erscheint an einem Morgen und berichtet über das, was am Abend geschieht. Und nicht etwa über das, was am gleichen Abend geschieht, sondern über Dinge, die sich erst an den Abenden der folgenden Woche ereignen. Hellschere!

Die Zeitung, die so viel über die Zukunft weiss, ist das neue «Wochenprogramm» des Tages-Anzeigers. Gemacht für Leute in und um Zürich, für die der Abend aus etwas anderem besteht, als in die Pantoffeln zu schlüpfen und müde zu sein.

Für Leute wie Sie, die noch Lust zum Ausgehen verspüren. Und die

über Filme, Theateraufführungen, Opern, Sinfoniekonzerte, Jazz-Sessions oder Kunstausstellungen mehr wissen wollen, als dass sie stattfinden.

Das einmalige an Zürichs neuer Abendzeitung ist freilich, dass man sie immer zusammen mit einer echten Morgenzeitung, dem Tages-Anzeiger, bekommt. Und den bekommen Sie nicht nur am Freitag, sondern sechsmal in der Woche. Mit Informationen über die grosse und die kleine

Politik, die Wirtschaft, die Kultur, den Sport. Und mit seinen Begleitern, dem grossen Stellen-Anzeiger am Dienstag und am Donnerstag und dem anspruchsvollen Magazin am Samstag. Und noch etwas bekommen Sie, nur Sie: 30% Studentenrabatt.

Tages-Anzeiger
SA 28.1. —
FR 3.2.78

Paniksäge
Er liebt Fischschmuck und frisst vorzüglich Kicherwasser. Seine Lieblingsfarben sind Grünblau und Purpurweiss. Zu seiner Nachbarkolonne rechnet er Strichhölzer.
Diese Informationen gab der unergiebliche Rechts-Musiker Udo Lindenberg im Verlauf eines offenbar sehr angeregten Gesprächs einer jungen Journalistin, die sich sehr darum bemühte, dem Panik-Macher eine ebenbürtige Partitura zu setzen. Das ist gar nicht einfach. Und man sollte niemanden gratulieren, der das nicht schafft.
Eine Klasse für sich sind freilich auch seine Fans. Sie können etwas, was den Engländern deutscher Zunge bis auf den heutigen Tag schmerzhaft fehlen ist. Sie können Nomen-erfunden haben (in die Engländer. Und die hervorzuheben Sie können. Prof.).

DIE KLECKSER
Für die Alleinhersteller der Szene waren - so spielt es das Gedächtnis - die Zürcher Kondensier-, Bill- und Lobler fallen vor allem ein. Mit rechnerischer Genauigkeit ausgeführt, die Bilder, die Farben wie auf der Goldwaage ausgewogen, der Bildbau...
die Engländer sind noch mehr genug, wir schwimmen immer noch in ihrem Kicherwasser.
Jetzt...
Kunst...
Thema...
Auffa...

COUPON
30% Studentenrabatt.
 Ich möchte den Tages-Anzeiger, diese Morgen- und Abendzeitung, kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.
 Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.
Ich wünsche folgende Zahlungsart:
 monatlich Fr. 6.85 halbjährlich Fr. 38.90
 vierteljährlich Fr. 19.65 jährlich Fr. 77.-
Name _____
Strasse _____
PLZ, Ort _____
Fakultät _____ 7411
Semester _____
Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich